

7. Die außenpolitischen Abwehrstrategien der Sozialdemokraten vor dem Hintergrund der tschechoslowakischen Außenpolitik

7.1 Probleme der Einbindung in die internationale Staatengemeinschaft und die Haltung der ČSD zu den Zielen und Grundzügen der tschechoslowakischen Außenpolitik

Die Errichtung neuer Nationalstaaten und das Entstehen neuer Gesellschaftssysteme auf dem Territorium der Habsburger Monarchie und aus Teilen des Deutschen, des Osmanischen und des Russischen Reichs brachten nach dem Ende des Ersten Weltkriegs eine vollständige Neuordnung der in dieser Region über mehrere Jahrhunderte gewachsenen territorialen, Macht- und Organisationsstrukturen. Insgesamt entstanden nach 1918 in Europa auf diese Weise 13 Staaten mit einer Gesamteinwohnerzahl von über 100 Mio. Menschen. Allein aus Österreich-Ungarn gingen sieben autonome Staatsgebilde hervor, die ihren innerstaatlichen Aufbau, ihre Volkswirtschaften und ihre Beziehungen zueinander und zu den übrigen europäischen Staaten neu organisieren mußten. Als Mitherausgeber der britischen Zeitschrift "The New Europe" stellte der tschechoslowakische Staatsgründer T.G. Masaryk bereits seit dem Herbst 1916 der Mitteleuropa-Konzeption des deutschen Imperialismus eine Theorie zur möglichen geopolitischen Neuordnung nach dem Krieg gegenüber, die auf regionale Einheit des Raumes zwischen Baltikum und Adria abzielte¹²²⁹. Er verband hierin die Ansicht über die Formierung nationaler Gemeinschaften, kultureller Autonomie und nationaler Selbstbestimmung mit der Notwendigkeit zu übernationalem Ausgleich, Demokratisierung und politischen Freiheiten in einem internationalen Staatensystem. Die alldeutschen Bestrebungen in der österreichischen Politik und schließlich der Beginn des Ersten Weltkriegs, den Masaryk simplifizierend als ein Ringen des demokratischen Parlamentarismus mit den monarchischen Systemen in Europa auffaßte, beendeten seinen Glauben an die innere Reformierbarkeit der Donaumonarchie. Nach dem Willen Masaryks sollte sich das Ideal eines "Neuen Europa" deshalb zuvorderst von dem bisher in der Region dominierenden deutschen und russischen Einfluß emanzipieren und ein unabhängiges Gebiet souveräner, demokratisch regierter Nationalstaaten zwischen diesen beiden Mächten bilden, die sich auf der Grundlage gleichwertiger und sich gegenseitig respektierender Subjekte in einem Gleichgewichtssystem konstituieren. Dabei wurde der ČSR aufgrund ihrer wirtschaftlichen Stärke sowie ihrer geographischen und politischen Stellung zu Deutschland eine gestaltende Funktion zugeschrieben. Die Rolle der neuen Schutzmacht wurde Frankreich zugetragen, das aus dem Weltkrieg politisch gestärkt hervorgegangen war. Grundziel der tschechoslowakischen Außenpolitik, die fortan von Masaryks engem Mitarbeiter Edvard Beneš nach dem Willen der 'Burg-Gruppe' umgesetzt wurde, sollte in dieser Situation sein, die Sicherheit und Überlebensfähigkeit des souveränen Nationalstaates mit einem liberal-demokratischen politischen System

¹²²⁹ Die in dieser Zeitschrift unter Zusammenarbeit mit Henry W. Steed und R. W. Seton-Watson diskutierten Standpunkte faßt er im Januar 1918 in einer programmatischen Schrift zusammen. Vgl. auch die deutsche Ausgabe von T.G. Masaryk: Das neue Europa. Der slawische Standpunkt. Übertragen aus d. Tschechischen v. Emil Saudek, Berlin 1922.

durch Einbindung in die internationale Staatengemeinschaft zu gewährleisten. Somit sollte die erforderliche Konstanz und Zeit gewonnen werden, um den neuen Staat innenpolitisch zu konsolidieren. Zur Untermauerung seiner Absichten versicherte Masaryk den Siegermächten in seiner Washingtoner Erklärung vom 18.10.1918, die zu bildende ČSR würde sich die Grundsätze der modernen Demokratie im Sinne der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung, der französischen Deklaration der Menschenrechte und der kulturellen und spirituellen Tradition der Böhmisches Brüder zu eigen machen.

Die Voraussetzungen zur Verwirklichung dieser Konzeption erschienen nach 1919 zunächst einmal recht günstig. Deutschland und Rußland hatten ihre Großmachtstellungen vorerst eingebüßt, die beiden Rumpfstaaen Österreich und Ungarn waren erheblich geschwächt, und die Existenz des Völkerbundes gab zumindest die Hoffnung auf einen dauerhaften Frieden in Europa und auf eine Gewährleistung des *Status quo* der Pariser Friedensordnung. Gleichzeitig barg die Neuordnung Mitteleuropas neben dem allgemein positiven Empfinden nationalstaatlicher Souveränität aber auch ein erhebliches Gefahrenpotential in Form der volkswirtschaftlichen Folgen der Desintegration, einer Dringlichkeit der Lösung der sozialen Frage und eines explosiven Inhalts der Deutschen Frage im Reich sowie in den Sukzessionsstaaten. Zudem gestaltete sich die Lösung dieser Probleme in einem internationalen Zusammenhang äußerst schwierig, da sich die Anzahl außenpolitischer Akteure gegenüber der Vorkriegszeit vervielfacht hatte. Die wechselseitige Bedingtheit von außenpolitischer Stellung der ČSR und innenpolitischer Ausgestaltung des neuen Staatswesens in dieser besonderen Konfliktlage wurde von den politischen Eliten in Prag erkannt. Im April 1919 äußerte Außenminister Beneš: "Ich bin davon überzeugt, daß unsere Innenpolitik mehr als anderswo durch die Außenpolitik bestimmt sein wird."¹²³⁰ Er sah drei Grundprobleme, die die internationale Stellung der ČSR in der Zukunft beeinflussen würden: Die Beziehung der deutschsprachigen Minderheit zum Staat, die Frage der inneren Einheit der böhmischen Länder mit der Slowakei und die sozialen Verteilungskämpfe. Zur Lösung dieser Probleme bedurfte es einer längeren Periode politischer Ruhe und militärischen Friedens. Weiterhin hing vieles entscheidend davon ab, ob die Regierungen der verschiedenen Nachfolgestaaten in der Lage waren, die mit der Eigenstaatlichkeit verbundenen Aufgaben und Verantwortungen zu übernehmen, und ob der Westen willens und fähig war, seine infolge der Friedensschlüsse übernommene Schirmherrschaft über die Region zu erfüllen und bündnispolitisch auszugestalten. Schließlich war entscheidend, welchen Weg die durch Krieg und Revolution geschwächten und die politische resp. wirtschaftliche Modernisierung nachholenden Mächte Deutschland und Rußland in der Folgezeit einschlagen würden.

Es zeigte sich aber sehr schnell, daß dem "Neuen Europa" die erforderliche Periode politischer Ruhe nicht beschert sein würde und sich die Idealvorstellungen Masaryks nicht würden realisieren lassen. Anders als es in der Architektur der Pariser Friedenspläne vorgesehen war, entwickelte sich in der Zwischenkriegszeit eine außergewöhnlich große Dynamik in der internationalen Konstellation. Waren die zwanziger Jahre noch durch eine relative Entspannung durch

¹²³⁰ Zit. nach A. Klimek/E. Kubů: Československá zahraniční politika 1918-1938. Kapitoly z dějin mezinárodních vztahů, Praha 1995, S. 9.

die Einbindung Japans, Italiens und Deutschlands und die Abwehr ungarischer Revisionsbestrebungen gekennzeichnet, läßt sich mit dem Beginn der dreißiger Jahre eine zunehmende Anarchie in den internationalen Beziehungen konstatieren. Diese war vor allem durch die deutsche Außenpolitik bedingt, die bereits unter der Regierung Brüning mit handelspolitischen Mitteln auf eine gezielte Wirtschaftsexpansion in den Donau-Balkan-Raum drängte, um eine Aushöhlung des französischen Sicherheitssystems zu bewirken¹²³¹. Die hierdurch ausgelösten politischen Trends in der Region wirkten sich allesamt kontraproduktiv für das tschechische Bedürfnis nach Demokratisierung und Beibehaltung des *Status quo* aus. Es stellte sich eine Nichtvereinbarkeit von außenpolitischen und Sicherheitsinteressen der einzelnen mitteleuropäischen Staaten heraus. Der Rückzug der USA von der internationalen politischen Bühne und die kompromißlose Haltung Frankreichs in der Reparationsfrage bildeten die erste Grundlage für die Erschütterung des internationalen Gleichgewichts. In Ungarn, Bulgarien und Polen sowie im verbündeten Jugoslawien entwickelten sich schon in den zwanziger Jahren autoritäre Regime, und die Ideen und der politische Einfluß des italienischen Faschismus entfalteten einen nachhaltigen Eindruck in der gesamten Region. Ebenso wurde Mitteleuropa schnell wieder zum Spielball von politischen und wirtschaftlichen Großmachtinteressen. Die Gegensätze zwischen der britischen Gleichgewichtskonzeption und der französischen Sicherheitspolitik machten die Tragweite ihrer Sicherheitsgarantien widersprüchlich und riefen unterschiedliche Ansichten in der Frage der Fortdauer der politischen Isolation Deutschlands und Rußlands hervor. Da das politische, ökonomische und militärische Gewicht der ČSR nicht ausreichte, die Machtverteilung in Europa nachhaltig zu beeinflussen und die entscheidenden Machtfaktoren zum Wohle der ČSR zu koordinieren, wird die internationale Komponente von Masaryks Konzeption der tschechoslowakischen Staatlichkeit aufgrund ihrer Undurchführbarkeit in der politischen Nachkriegskonstellation Europas in der Geschichtswissenschaft als dessen schwächste Implikation beurteilt¹²³².

Von den tschechischen Sozialdemokraten wurden die außenpolitischen Ziele, die Beneš nach den Vorstellungen der 'Burg-Gruppe' verfolgte, stets vorbehaltlos unterstützt. Diese Haltung begründeten sie damit, daß sie sich allesamt im Einklang mit den Interessen des tschechoslowakischen Proletariats befinden. Unstreitig ist weiterhin, daß die ČSD in der gesamten Zwischenkriegszeit keine einzige außenpolitische Initiative ergriff, die sich nicht in Übereinstimmung mit Benešs Standpunkten bewegte. Diese Haltung war innerhalb der Partei jedoch keineswegs unumstritten. Anläßlich des Parteitags im November 1933 hatte eine Gruppe jüngerer Funktionäre ein Memorandum verfaßt, in dem offenbar die Parteiführung kritisiert wurde, sie verhalte sich angesichts der von Hitlers Machtergreifung ausgehenden außenpolitischen Bedrohung für die ČSR innerhalb der SAI zu passiv und folge der Außenpolitik Benešs nur deshalb, weil sie über

¹²³¹ Vgl. dazu ausführlich H. Sundhausen: Die Weltwirtschaftskrise im Donau-Balkan-Raum und ihre Bedeutung für den Wandel der deutschen Außenpolitik unter Brüning, in: W. Benz/H. Graml (Hrsg.): Aspekte deutscher Außenpolitik im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1976, S. 121-64. Vgl. für die Fortsetzung dieser Politik in den dreißiger Jahren D. Jančík: Německo a Malá dohoda. Hospodářské pronikání Německa do Jugoslávie a Rumunska v první polovině 30. let, Praha 1990.

¹²³² Zu diesem Urteil kommt z.B. Kural (1993), a.a.O., S. 77.

keine eigenen Konzepte verfüge. Dieses Memorandum, das nicht erhalten ist, zwang den Parteivorstand zur Stellungnahme und zur Formulierung einer Gegenposition - ein Vorgang, der angesichts des autoritären Führungsstils innerhalb der Partei ungewöhnlich war und deshalb zu erkennen gibt, daß die Verfasser mit ihren Thesen wohl einen wunden Punkt getroffen hatten. In seiner Replik wies der tschechische Vertreter in der SAI, Lev Winter, explizit den Vorwurf zurück, die Außenpolitik der ČSD sei mit der Beneš identisch, ohne dies schlüssig begründen oder Unterschiede deutlich machen zu können. "Wir haben die Politik Dr. Beneš nicht deshalb unterstützt, weil es seine Politik ist, sondern deshalb, weil wir überzeugt sind, daß es unsere Politik ist, weil wir überzeugt sind, daß es eine Politik ist, die sich auf der Linie des Friedens bewegt, und es ist eine sozialistische Politik, wie es sowohl durch das Referat des Genossen Hampl als auch des Genossen Meissner betont wurde, es ist eine Politik der Arbeiterklasse, eine Politik, die wir auch weiterhin unterstützen wollen."¹²³³ Noch im Tätigkeitsbericht vom Frühjahr 1935 sprach der Parteivorstand Beneš sein volles Vertrauen aus. Seine Außenpolitik verteidige die staatliche Unabhängigkeit, und es sei zu erwarten, daß die ČSR auf der Grundlage dieser Politik in der derzeitigen europäischen Konfliktlage einer nationalen Katastrophe entgehen werde¹²³⁴.

Insgesamt läßt sich feststellen, daß die mit der Umsetzung von Masaryks ordnungspolitischen Vorstellungen verbundenen strukturellen Probleme von den tschechoslowakischen Außenpolitikern schnell erkannt wurden. Als einziger Weg zur außenpolitischen Absicherung des neuen Staates wurde jedoch bis 1938 die uneingeschränkte Verteidigung des *Status quo* interpretiert. Alle Vorstöße zu einer partiellen Modifizierung der Pariser Friedensordnung wurden entschieden abgelehnt, ohne dabei zu reflektieren, daß eine Verteidigung des *Status quo* nicht nur eine Stabilisierung der Machtverhältnisse, sondern auch eine Verstetigung existierender Konflikte einherbrachte. Zur Erreichung ihrer Ziele ließ sich die tschechoslowakische Diplomatie nicht auf eine einzige Option festlegen, sondern versuchte lange Zeit erfolgreich, sich entsprechend viele internationale Gestaltungsmöglichkeiten offenzuhalten. Diese lassen sich im wesentlichen in drei verschiedene Bereiche unterteilen:

Ein wichtiges Betätigungsfeld tschechoslowakischer Sicherheits- und *Status quo*-Politik bildete das Engagement im Völkerbund und die Mitarbeit an der Ausgestaltung eines Systems kollektiver Sicherheit. In den Äußerungen tschechischer Politiker läßt sich seit 1919 eine offene "Ineinandersetzung von einzelstaatlichem Interesse mit dem Interesse der im Völkerbund organisierten Staatengemeinschaft"¹²³⁵ feststellen, aus der das Kalkül sprach, den Völkerbund für das nationalstaatliche Interesse der ČSR zu instrumentalisieren. Auf diese Weise gelang es der ČSR, den Völkerbund z.B. 1919/20 bei der Sicherung des territorialen Besitzstandes im Konflikt mit Polen zu involvieren, 1922 die wirtschaftliche Sanierung Österreichs durchzusetzen oder 1931 die deutsch-österreichische Zollunion zu verhindern. Außerdem setzte sich die ČSR

¹²³³ Protokol XVII. sjezdu ČSD (1933), S. 84.

¹²³⁴ Vgl. Šest let činnosti Československé sociálně demokratické strany dělnické pro pracující lid, Praha o.J. [1935], S. 5.

¹²³⁵ P. Burian: Die Tschechoslowakei als Mitglied des Völkerbunds, in: Gleichgewicht (1976), a.a.O., 183-200, S. 185.

für die Aufnahme Deutschlands und der UdSSR in den Völkerbund ein, mit dem Ziel, durch die Einbindung dieser potentiellen Gegner in das System kollektiver Sicherheit zu deren inneren und äußeren Stabilisierung beizutragen. Als problematisch sollte sich jedoch herausstellen, daß die ČSR - ebenso wie Frankreich und weitere antirevisionistische Mittel- und Kleinstaaten im Donau-Balkan-Raum - ohne Berücksichtigung der dynamischen Veränderungen im internationalen System den Völkerbund als statisches Instrument internationaler Politik betrachteten und politische Möglichkeiten aktiver Friedensgestaltung, die die Völkerbundsatzung bereit hielt, nicht ausschöpften¹²³⁶. Bei ihrer außenpolitischen Absicherung war die ČSR allerdings von der Diskrepanz zwischen dem programmatischen Anspruch des Völkerbundes, der in der internationalen Kooperation und dem friedlichen Interessenausgleich anstelle machtpolitischer Hegemonie begründet lag, und der internationalen Realität abhängig. Es zeigte sich nämlich schon nach der Unterzeichnung des Genfer Protokolls im September 1924 und den Genfer Abrüstungsverhandlungen im Juni 1925, daß die meisten Mitgliedstaaten davon überzeugt waren, daß ihr nationales Interesse nicht mit dem Kollektivinteresse der Staatengemeinschaft übereinstimmte. Als nachteilig sollte sich schließlich auch erweisen, daß der Völkerbund nicht über Sanktionsmittel verfügte, in Konfliktfällen einen friedlichen Ausgleich herbeizuführen. Besonders die Großmächte ließen Interventionen nur in dem Maße zu, wie ihre eigenen Interessen dadurch nicht beeinträchtigt wurden. Weiterhin war das unterschiedliche machtpolitische Gewicht der Mitgliedstaaten für den Einfluß des Völkerbundes ausschlaggebend sowie die Probleme, die von den Staaten ausgingen, die nicht in dessen System integriert waren. Schließlich sollte es sich aufgrund des zeitweiligen resp. kompletten Fehlens der USA, Deutschlands und der UdSSR zeigen, daß der Völkerbund kein geeignetes Instrument war, universelle Sicherheit zu gewährleisten¹²³⁷. Nach dem Scheitern der Genfer Abrüstungsverhandlungen, bei denen nach dem Auszug Deutschlands kein System kollektiver Sicherheit mehr errichtet werden konnte, bekamen für die ČSR nunmehr regionale Alternativen sowie bilaterale Vereinbarungen den Vorrang.

Die zweite Ebene tschechoslowakischer Außenpolitik konzentrierte sich folgerichtig auf die Suche nach neuen Bündnisstrukturen für den eigenen Staat und die Region, die stets darauf ausgerichtet waren, die politische Nachkriegsordnung zu konservieren. In diesem Zusammenhang müssen die enge sicherheitspolitische Anbindung an Frankreich und der Verbleib im Einflußbereich und Interessengebiet der Entente sowie die Einrichtung der Kleinen Entente als einem integrierten Subsystem im französischen Sicherheitssystem und die zaghafte Versuche zu deren Erweiterung gesehen werden. Als besonders problematisch sollte sich hierbei jedoch erweisen, daß die sicherheitspolitische Funktionsfähigkeit der Kleinen Entente nach dem Einsetzen der Weltwirtschaftskrise nur dann gewährleistet bleiben konnte, wenn dieses Bündnis auch

¹²³⁶ Vgl. F.G. Campbell: The Lost Dream of Eduard Beneš, in: Kosmas 5 (1986), 7-14, S. 12; und H. Sundhaussen: Die Rolle der Kleinen Entente bei der Stabilisierung und Destabilisierung im Donau-Balkan-Raum, in: M. Bernath /K. Nehring: Friedenssicherung in Südosteuropa. Föderationsprojekte und Allianzen seit dem Beginn der nationalen Eigenstaatlichkeit, München 1985, 139-53, S. 146 ff.

¹²³⁷ Grundlegend zur Problematik des Völkerbundsystems ist noch immer die Arbeit von F.P. Walters: A History of the League of Nations, 2 Bde., London 1952.

wirtschaftlich untermauert wurde. Diesbzgl. Initiativen ergriff Beneš jedoch erst sehr spät, und es gelang ihm mangels eigener wirtschaftspolitischer Konzepte zudem nicht, sie innenpolitisch gegen die agrarische Interessenlobby durchzusetzen. Die Anbindung an Frankreich, die teilweise schon groteske Formen annahm, wurde damit begründet, daß es der entschiedenste Verfechter der Pariser Friedensordnung war und gegen eine Restauration Österreich-Ungarns, gegen einen Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich und für den Völkerbund als Friedensgaranten eintrat. Im Interesse ihres Sicherheitsbedürfnisses versuchte die ČSR aber auch zwischen England und Frankreich sowie zwischen Deutschland und Frankreich zu vermitteln. Langfristig sollte es sich für die ČSR jedoch als nachteilig herausstellen, daß dem Bündnis mit den Westmächten jegliche Tradition und tiefere Verankerung fehlte und daß es der Kleinen Entente nicht gelang, zu einem stabilisierenden Faktor in der Region zu werden.

Die dritte Ebene der Außenpolitik bildete die Herstellung gutnachbarschaftlicher Beziehungen zu den Staaten, die als potentielle Feinde betrachtet wurden resp. zu denen Interessengegensätze bestanden. Dies betraf praktisch alle Nachbarstaaten der ČSR. Lediglich mit Rumänien bestand die Hoffnung, eine weitgehend konfliktfreie Partnerschaft aufzubauen. Die tschechoslowakische Diplomatie hatte ein vitales Interesse daran, vor allem zu Deutschland korrekte Beziehungen zu unterhalten. Dies sollte aber nur gelten, solange Deutschland auf seine pangermanischen Bestrebungen verzichtete. Alle diesbzgl. Tendenzen im instabilen Weimarer System wurden in Prag aufmerksam verfolgt. Man war sich hier darüber im klaren, daß die Schwäche Deutschlands nach dem verlorenen Krieg nur ein vorübergehender Zustand sein würde und daß die ČSR gegenüber einem expansionswilligen Deutschland immer in der schwächeren, vom äußerem Schutz abhängigen Position sein würde. Aus diesem Grund wirkte Beneš darauf hin, daß die Weimarer Republik in den Völkerbund aufgenommen wurde und somit den europäischen *Status quo* akzeptierte.

In den zwanziger Jahren erwies sich diese außenpolitische Strategie als erfolgreich. Berlin mischte sich nicht in die innenpolitischen Konflikte der ČSR ein, insbesondere nicht in die Auseinandersetzungen mit der deutschsprachigen Minderheit und unterstützte auch nicht den sudetendeutschen Negativismus. Weiterhin gelang es, die Wirtschaftsbeziehungen zügig zu normalisieren, so daß Deutschland schnell den ersten Platz unter den tschechoslowakischen Handelspartnern einnahm. Gefahr für die Beziehungen zu Deutschland - aber auch zu Österreich - resultierten jedoch aus dem antitschechischen Wirken der sudetendeutschen Emigration in diesen beiden Ländern. Neben monarchistischen Gruppen und den Nationalsozialisten bildeten traditionell nationalistische Gruppen deren Hauptrichtung, die ebenso wie die Nationalsozialisten großdeutsch ausgerichtet waren und eine Revision der Pariser Friedensordnung anstrebten. Alle Flügel sympatisierten mit den negativistischen sudetendeutschen Parteien und unterstützten deren feindselige Haltung gegenüber der ČSR. Zu Beginn der zwanziger Jahre entstand in Wien der "Hilfsverein für Deutschböhmen und die Sudetenländer", der seinen Tätigkeitsbereich schnell auch nach Deutschland ausdehnte und sich 1922 dort als "Sudetendeutscher Hilfsverein" konstituierte. Diesen Vorgang interpretiert *Kural* bereits als eine Reorientierung der Sude-

tendeutschen von Österreich nach Deutschland¹²³⁸. Diese Umorientierung war in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre nicht immer eindeutig, denn der Dachverband der sudetendeutschen Emigration siedelte 1927 nach Wien über und reorganisierte sich dort 1928 zum letzten Mal in den "Sudetendeutschen Heimatbund". Daß die Agitation dieser Verbände in Deutschland einen vergleichsweise geringen Widerhall fand, erklärt *Jaworski* damit, daß sich die reichsdeutschen Nationalisten nicht in der gleichen Weise für die Sudetendeutschen verantwortlich fühlten wie für die deutschsprachige Minderheit in Polen und daß es hier kein vergleichbar ausgeprägtes Feindbild der Tschechen gab¹²³⁹. Innenpolitisch unterstützte die reichsdeutsche Zurückhaltung gegenüber der ČSR hingegen den sudetendeutschen Aktivismus.

Mit der Machtergreifung Hitlers waren nicht nur die oben beschriebenen Ziele der tschechoslowakischen Außenpolitik gefährdet, sondern auch die Wirksamkeit der gewählten Mittel schien von nun an fraglich. Diese Annahme ist darin begründet, daß in einem nicht stabilisierten internationalen System die Außenpolitik eines demokratischen Staates resp. Bündnissystems nicht länger mit den auf internationales Faustrecht ausgerichteten, kompromißlosen Methoden eines totalitären Regimes kompatibel waren, das ausschließlich die Revision und Expansion zum Ziel seiner Außenpolitik gesetzt hatte. Krieg stellte für Hitler im Gegensatz zur Mehrheit der europäischen Staatengemeinschaft ein unabänderliches Prinzip internationaler Politik dar, das im wesentlichen auf seine sozialdarwinistischen Vorstellungen vom ewigen Kampf der Völker um 'Lebensraum' zurückzuführen war. Demnach habe Deutschland das natürliche Recht, sein Territorium auszudehnen, indem es schwächere Völker unterwirft und versklavt. Lange vor 1933 war es Hitlers erklärte Absicht, Deutschland aus dem internationalen Staatensystem herauszulösen, einen autarken Wirtschafts- und 'Lebensraum' für das deutsche Volk als Exponent der 'arischen Rasse' zu schaffen und diesen nach den Maßgaben nationalsozialistischer Ideologie auszugestalten. Der dazu notwendige 'Lebensraum' sollte unmißverständlich im Osten erobert werden. Um die hierzu notwendige außenpolitische Handlungsfreiheit zu gewinnen, waren Hitler alle erfolgversprechenden Methoden opportun, insbesondere solche, die mit internationalen Normen politischer Kultur kollidierten.

Zu Beginn seiner Herrschaft war Hitler zu schwach, als daß er seine Expansionspläne hätte realisieren können. Auch gegenüber den tschechoslowakischen Diplomaten in Berlin gab er vor, keine Beziehungen zu den radikalen Nationalisten in der DNSAP zu unterhalten und Interesse am Fortbestand gutnachbarschaftlicher Beziehungen zu haben¹²⁴⁰. Hitler nützte die Zeit bis Mitte der dreißiger Jahre zur politischen, wirtschaftlichen und sozialen Konsolidierung seines Regimes. Außenpolitisch gelang ihm mit dem im Januar 1934 mit Polen unterzeichneten Nichtangriffspakt ein entscheidender Schritt zur Steigerung seiner expansiven Dynamik, da hierdurch die Bildung einer geschlossenen Front gegen Deutschland untergraben wurde. Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht im März 1935, die einen entscheidenden Bruch der Friedensverträge darstellte und die von den Westmächten fatalerweise hingenommen wurde, versetzte den

¹²³⁸ Vgl. Kural (1993), a.a.O., S. 53.

¹²³⁹ Vgl. *Jaworski* (1977), a.a.O., S. 107.

¹²⁴⁰ Vgl. *Smelser* (1975), a.a.O., S. 72 f.

Diktator in die Lage, seine expansiven Pläne auch tatsächlich umsetzen zu können. Und spätestens durch die Besetzung des Rheinlandes im März 1936 schränkte er die Möglichkeiten Frankreichs zur militärischen Unterstützung seiner östlichen Verbündeten nachhaltig ein. Zugleich demonstrierten diese Vorgänge der ČSR, daß Hitler bei seinem Revisionsdrang nicht länger mit entschiedenem Widerstand der Westmächte zu rechnen hatte. Parallel setzte die deutsche Außenpolitik alles daran, auch die mittlerweile stark radikalisierte sudetendeutsche Minderheit als Instrument zur Zerstörung der ČSR einzusetzen. Aus diesen Gründen galt von nun an für die tschechoslowakische Diplomatie die gleiche "Diskrepanz zwischen Zielen und Mitteln", wie sie *Ziebura* für die französische Außenpolitik beschreibt: "Es entgleitet ihr [der französischen Außenpolitik, C.S.] sichtbar der Boden unter den Füßen; alle Initiativen, wenn sie erfolgen, tragen noch das Signum einer bereits überholten internationalen Ordnung und können daher nicht mehr als Rückzugsgefechte sein, die die Niederlage nicht mehr verschleiern. Erschütternd ist die Hilflosigkeit angesichts eines Gegners, der auf die totale Revision nicht nur des territorialen Status, sondern aller das internationale System selbst tragenden Prinzipien abzielt und damit zwangsläufig alle Spielregeln zerstört, die dem diplomatischen Verhalten ein Minimum an Rationalität verleihen. Seit dem Frühjahr 1936 gibt es keine gemeinsame Sprache, keine gemeinsamen Formen der Außenpolitik, keine anerkannten Rechtsgrundsätze mehr. Nichts ist für das neue Klima aufschlußreicher als ein rein semantischer Vergleich zwischen dem deutschen sog. 'Friedensplan' und dem französischen Gegenplan: es ist, als träten sich Mächte von verschiedenen Planeten gegenüber."¹²⁴¹

Während für die DSAP infolge der Machtergreifung vor allem die Frage nach der passenden Strategie zur Niederschlagung des Faschismus durch einen sozialrevolutionären Befreiungskampf des deutschen Proletariats und demzufolge Spekulationen über die wirtschaftliche und sozioökonomische Stabilität des Regimes im Vordergrund des Interesses standen, konzentrierte sich die Diskussion innerhalb der ČSD ganz auf das Problem unmittelbarer Auswirkungen auf die außenpolitische Sicherheitslage der ČSR. Es herrschte sofort Einmütigkeit in der Beurteilung, daß Hitlers aggressiver Revisionismus auf kriegerische Expansion auch zu Lasten der ČSR ausgerichtet sei. "Wer dahinter nur romantische Hirngespinnste vermutet, unterschätzt die deutsche Psychose und versteckt sich hinter den Tatsachen."¹²⁴² Die Annahme, daß der deutsche Diktator die Existenz einer unabhängigen ČSR an sich nicht hinnehmen werde, verstärkte sich im Laufe der dreißiger Jahre, so daß der tschechoslowakischen Politik gegenüber Deutschland von den Sozialdemokraten eine "existentielle"¹²⁴³ Bedeutung beigemessen wurde. Im Gegensatz zum bürgerlichen Lager wurde hieraus der Anspruch abgeleitet, daß es Hauptaufgabe der Außenpolitik aller sozialistischen Parteien sein müsse, den Nationalsozialismus mit allen Mitteln niederzuwerfen, wobei die Kriegsvermeidung nach wie vor Priorität genießen solle. Alle Fragen über eine wirtschaftliche Einheit Europas sowie über Abrüstung und Friedenssicherung seien erst nach der Beseitigung des deutschen Faschismus möglich. Ebenso herrschte Einver-

¹²⁴¹ G. Ziebura: Die Krise des internationalen Systems 1936, in: HZ 203 (1966), 90-98, S. 98.

¹²⁴² J. Fischer: O další postup, in: Dělnická osvěta 19 (1933), 226-33, S. 231.

¹²⁴³ Zd. Smetáček: Hitlerovo Německo a my, in: Přítomnost 14 (1937), 65-67, S. 67.

nehmen in der Überzeugung, daß der antirevisionistische Kurs der tschechoslowakischen Außenpolitik gerade unter den gegenwärtigen Bedingungen unter allen Umständen fortgesetzt werden müsse. Denn vor dem Hintergrund der antidemokratischen Atmosphäre in Deutschland, Italien und Ungarn würde eine Revision der Nachkriegsordnung unweigerlich auf einen erneuten europäischen Krieg hinauslaufen. Im Gegensatz zur Position der ČSD-Führung wurde bei der Parteilinken jedoch schon 1933 bezweifelt, daß sich die Klein- und Mittelstaaten in der Region auf die Unterstützung der Großmächte verlassen könnten. Ebenfalls wurde es hier für unwahrscheinlich gehalten, daß sich eine außenpolitische Isolierung Deutschlands international arrangieren ließe¹²⁴⁴. Hieraus wurde die Schlußfolgerung gezogen, daß eine größtmögliche politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit unter den ostmittel- und südosteuropäischen Staaten unbedingt erforderlich sei, was sich wiederum mit der Auffassung des Parteivorstands deckte. Auf diese Weise ließe sich den mitteleuropäischen Expansionsplänen Hitlers und den politischen Ambitionen Mussolinis im Donau-Balkan-Raum am effektivsten begegnen. Eine wie auch immer geartete Form der Zusammenarbeit zwischen so ungleichen politischen Systemen wie den Demokratien westlicher Prägung und dem Faschismus wurde als rundweg ausgeschlossen erachtet¹²⁴⁵. Auf der Grundlage dieses Konsens formulierte Antonín Hampl 1933 sechs Thesen zur Außenpolitik der ČSD, die in dieser Form bis 1938 bindend blieben und die sich in Übereinstimmung mit der Strategie Beneš befanden:

- "1. Aufbau einer politischen und wirtschaftlichen Kleinen Entente mit der schrittweisen Aufnahme weiterer Mitglieder.
2. Ausgleich der innenpolitischen Kräfte derart, daß das bisherige Übergewicht der Agrarpartei beseitigt wird, die besonders unglücklich bei den politischen Zollabkommen gewirkt hat.
3. Bewilligung zeitweiliger Exportprämien, so daß der Staat den Unternehmern die Abgaben zurückerstaten kann, die er aus den Exportwaren erhalten sollte. Dadurch ermöglicht er indessen die Konkurrenzfähigkeit auf den internationalen Märkten und verringert die inländischen Arbeitslosenzahlen.
4. Zusammenarbeit mit der UdSSR, auch politisch, hauptsächlich unter Berücksichtigung der veränderten Beziehungen zwischen der UdSSR und Frankreich und den benachbarten Staaten.
5. Bemühungen um Autarkie sind als zeitweilige Reaktion zu betrachten, und es wird statt dessen vom Standpunkt der Politik globaler Verständigung und Zusammenarbeit ausgegangen, was bedeutet:
6. Unterstützung und erneuter Aufbau der Autorität der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und des Völkerbundes."¹²⁴⁶

In einem Artikel aus dem Sommer 1936 beschäftigte sich Josef Fischer noch einmal eingehend mit der internationalen Situation und mit den Anforderungen, die sich hieraus für den Sozialismus ergeben. Dieser Beitrag kann repräsentativ für die außenpolitischen Sichtweisen innerhalb der ČSD gesehen werden. Fischers Analyse begründete die These, daß die sozialistischen Parteien in Europa sich nicht auf einen Präventivkrieg vorbereiten dürften, sondern weiterhin eine Politik zur Kriegsprävention betreiben müßten. Diese Politik müsse darauf ausgerichtet sein, den Frieden zu erzwingen. Dies sei als eine Machtfrage zu begreifen. Denn dem Faschismus sei der Wille zum Krieg inhärent, was im Umkehrschluß bedeute, ihm durch Friedenssicherung seine Legitimationsgrundlage entziehen zu können. Fischer wandte sich aber

¹²⁴⁴ Vgl. dazu die besonders deutliche Haltung bei Jar. Vozka: *Revise = válka*, Praha 1933.

¹²⁴⁵ Vgl. J. Fischer: *O další postup*, in: *Dělnická osvěta* 19 (1933), 226-33, S. 232.

¹²⁴⁶ Protokol XVII. sjezdu ČSD (1933), S. 81.

auch entschieden gegen die etwa zeitgleich von Otto Bauer vorgebrachte These, die revolutionäre Perspektive eines großen Krieges in Europa für die sozialistische Zielsetzung zu betonen¹²⁴⁷, da dieser Weg ein unangemessen hohes Risiko in sich berge. Auch wenn ein kommender Krieg von kapitalistischen Staaten geführt werde, könne nicht ausgeschlossen werden, daß der Sozialismus als der große Verlierer daraus hervorgehen werde. Andererseits dürften sich die sozialistischen Parteien nicht in einen falsch verstandenen Pazifismus flüchten, sondern sie seien jetzt aufgefordert, ihren politischen Einfluß und ihre Wehrbereitschaft zur Friedenssicherung einzusetzen. Innenpolitisch dürfen sie hingegen keine statische Verteidigungsstrategie gegen den Faschismus anwenden, sondern sie sollten eine "real-radikale Offensive und Machtexpansion des Sozialismus"¹²⁴⁸ anstreben. Diese müsse nach den Vorgaben des Planismus erfolgen. Die westlichen Demokratien müßten sich nach Fischers Ansicht bei der Wahl ihrer politischen Mittel von der Hoffnung trennen, daß die Interessengegensätze zwischen den einzelnen faschistischen Staaten unüberbrückbar seien. Vielmehr werden die faschistischen Regime schneller außenpolitische Übereinkommen zu strittigen Fragen finden, als sich die Verantwortlichen in Paris, London oder Prag dies vorstellen können. Dieser Umstand mache sie unberechenbar, und die Westmächte und ihre Verbündeten sollten ihre Außenpolitik besser nicht darauf ausrichten, daß von Deutschland und Italien z.B. keine Übereinkunft in der österreichischen Frage erzielt werden könne und es daher gelänge, einen der beiden Kontrahenten zu isolieren. Aus diesem Grund vertrat Fischer die Ansicht, daß eine konzertierte Sanktionspolitik notwendig und richtig sei. Ein in seinen Befugnissen ausgebauter Völkerbund wäre hierfür der geeignete Träger. Voraussetzung für den Erfolg einer Sanktionspolitik werde es jedoch sein, daß Frankreich und Großbritannien ihren außenpolitischen Opportunismus aufgeben und nicht länger von dem anderen Haltungen und Maßnahmen einfordern, die sie selbst nicht zu geben bereit sind. Dies bedeute konkret, daß sie auch regionale Pakte als aktive Friedensinstrumente begreifen, sie akzeptieren und sie schließlich auch politisch und wirtschaftlich fördern. Für die ČSR bestehe - insbesondere nach dem hohen Wahlsieg für die SdP - die wichtigste Aufgabe in ihrer Standhaftigkeit und in der Fortsetzung ihrer bisherigen Politik.

Es läßt sich also insgesamt feststellen, daß die ČSD das mit der Machtergreifung Hitlers entstandene unmittelbare Gefahrenpotential für die Sicherheit des eigenen Staates richtig erkannte, aber hierin keinen Grund sah, in Panik zu verfallen. Außenpolitischer Aktionismus wurde als der eindeutig falsche Weg aufgefaßt. Ebenso wurde von der Partei gesehen, daß der Nationalsozialismus ein System mit einer unberechenbaren Außenpolitik war. Doch wurde im Einklang mit Beneš hieraus die Schlußfolgerung gezogen, daß ein Festhalten an dem bislang eingeschlagenen Kurs und den dazu angewandten Mitteln unter allen Umständen fortgesetzt werden müsse. Die bestehende Bündniskonstellation wurde noch bis zur September-Krise 1938 als ausreichend betrachtet. Die ČSD arbeitete kontinuierlich auf die Einbeziehung der UdSSR in dieses Bündnissystem hin. Die Kleine Entente sollte zwar wirtschaftlich vertieft werden, eine Erweiterung

¹²⁴⁷ Vgl. O. Bauer: Zwischen zwei Weltkriegen? Die Krise der Weltwirtschaft, der Demokratie und des Sozialismus, Bratislava 1936.

¹²⁴⁸ J. Fischer: Zur Weltlage des Sozialismus, in: Sozialistische Tribüne 1 (1935/36), 1-18, S. 13.

ihrer Aufgaben war jedoch auch für den angestrebten Fall der Aufnahme weiterer Mitglieder nicht vorgesehen. Eine Verständigung mit Deutschland, wie sie ab Mitte der dreißiger Jahre immer stärker von der tschechischen Agrarpartei und den Nationaldemokraten angestrebt wurde, blieb für die ČSD hingegen ausgeschlossen. Diese Ansicht verstärkte sich, nachdem evident wurde, daß Hitler die deutschsprachige Minderheit für seine Expansionsziele instrumentalisieren werde¹²⁴⁹. Die ČSD beging somit zusammen mit der tschechoslowakischen Außenpolitik den Fehler, nicht zu versuchen, den deutschen Diktator zurück an den Verhandlungstisch zu bekommen. Im Gegenteil bewirkte die kompromißlos antirevisionistische Haltung, die statische Außenpolitik und das Ausbleiben eines nationalen Ausgleichs in der Innenpolitik eine stetige Verschärfung der Gegensätze. Als Hitler dann ab 1936 in der Lage war, eine Lösung der in seinen Augen offenen internationalen Fragen nach seinen aggressiv-eliminatorischen Maßgaben anzustreben, bargen sie für die ČSR eine nicht mehr handhabbare Sprengkraft.

7.2 Die revisionistischen Konzeptionen innerhalb der DSAP

Aufgrund der mangelhaften Quellenlage lassen sich keine verlässlichen Aussagen über die außenpolitischen Strategien der Czech-Gruppe im Parteivorstand der DSAP machen. Denn weder auf den Parteitag und in den Rechenschaftsberichten wurden hierzu explizit Positionen formuliert, noch beschäftigten sich ihre Vertreter in den theoretischen Organen der Partei mit dieser Problematik. Auf der Grundlage der vorgenommenen Faschismusanalyse und der strategischen Empfehlungen für die Innenpolitik und den antifaschistischen Kampf in Deutschland kann jedoch davon ausgegangen werden, daß beim Parteivorstand weitgehende Übereinstimmung mit den Ansichten der tschechischen Sozialdemokraten vorherrschte. Demnach glaubte die Czech-Gruppe daran, daß der beste Weg darin bestehen würde, die antifaschistischen Kräfte in Deutschland weitestmöglich zu unterstützen und parallel hierzu durch eine Vertiefung des bestehenden Bündnissystems militärische Sicherheit zu erlangen¹²⁵⁰. Demgegenüber begannen mit Wenzel Jaksch und Emil Franzel zwei renommierte Vertreter der innerparteilichen Opposition bereits 1933, alternative Konzeptionen zu erarbeiten, die zur Abwehr der faschistischen Bedro-

¹²⁴⁹ "Es ist notwendig, nochmals zu betonen: solange die Republik auf der Grundlage ihrer internationalen Politik verharret, auf ihren Bündnissen mit der Kleinen Entente, mit Frankreich, mit der Sowjetunion und mit allen, die sich dem, wenn auch nur unvollständigen System der kollektiven Sicherheit anschließen wollen, solange bleibt sie in Mitteleuropa ein Pfeiler des Friedens und ein Haupthindernis aller Eroberungspläne. Sobald sie diese Linie verläßt und zur anderen Seite überlaufen würde, hilft sie dadurch niemals sich, sondern stärkt bedenklich die Position Deutschlands für einen möglichen Konflikt oder für die kommende Hegemonie. Es ist keineswegs Nachgiebigkeit, sondern größere Festigkeit und selbstbewußtes Auftreten unserer Außenpolitik und die Vertiefung ihrer Linie notwendig." Fischer/Patzak/Perth (1937), a.a.O., S. 120.

¹²⁵⁰ Lediglich eine Vertrauensleutekonferenz der Partei beschäftigte sich im Oktober 1935 in Aussig mit außenpolitischen Fragen. In der Resolution hieß es ganz allgemein, daß die Sicherheit der ČSR nur durch einen kollektiven Willen zum Frieden im Völkerbund gegen die faschistischen und halbfaschistischen Staaten garantiert werden könne. Aus diesem Grund anerkenne und unterstütze die DSAP die Politik Benešs. Sozialdemokrat, 22.10.1935.

hung auf eine politische Neuordnung Europas durch eine Revision des *Status quo* unter sozialistischer Maßgabe hinausliefen. Die hierbei aufgestellten Thesen befanden sich jedoch in nahezu jeder Beziehung in krassem Gegensatz zu den außenpolitischen Vorstellungen, wie sie von den tschechischen Sozialdemokraten formuliert und vertreten wurden, so daß insgesamt festgestellt werden kann, daß die Übereinstimmungen und damit die Möglichkeiten zu einer Zusammenarbeit von ČSD und DSAP auf außenpolitischem Gebiet noch zunehmend geringer wurden als in der Innenpolitik.

Der Hauptgrund für das Entstehen dieser Diskrepanz in den außenpolitischen Konzeptionen der ČSD und dem sich in der DSAP schließlich durchsetzenden revisionistischen Flügel ist in einer unterschiedlichen Betrachtungsebene zu finden. Während für die Theoretiker und führenden Politiker in der ČSD vor allem das Problem der Landesverteidigung gegenüber dem aggressiv seinen Expansionsdrang demonstrierenden NS-Regime im Vordergrund stand, wählten sowohl Jaksch als auch Franzel einen regionalen Analyseansatz. Sie vertraten hierin die Ansicht, daß es bei der faschistischen Bedrohung nicht vordergründig um die Annexion eines einzelnen Staates ging, sondern daß die drei faschistischen Mächte Deutschland, Italien und Ungarn um ihre Prädominanz im gesamten Donau-Balkan-Raum stritten. So beurteilte Jaksch Ende 1935 die Lage dahingehend, daß in vielen kleineren Teilgefechten in dieser Region eine große geostrategische Entscheidung für Gesamteuropa vorbereitet würde. Dabei spiele für die Pläne Hitlers und der reaktionären Kräfte in Deutschland insbesondere der Donauraum eine zentrale Rolle, denn dort "winkt nicht nur der große außenpolitische Erfolg des Anschlusses, sondern auch die strategische Möglichkeit der Aufrollung der französisch-russischen Paktfront. Dies scheint auch die Konzeption des herrschenden gemäßigten Flügels des deutschen Feudalkapitalismus, der Reichswehr und der Schwerindustrie zu sein. Sie scheuen offenbar das mörderische Risiko eines neuen Zwei-Fronten-Kampfes und haben es darauf angelegt, durch eine zähe Zermürbungstaktik die kleine Staatenwelt des europäischen Südostens sturmreif zu machen."¹²⁵¹ Aus diesem Grund legte Jaksch im Gegensatz zur ČSD auch weniger Gewicht auf die Ausrichtung nationaler Außenpolitik, die in der ČSR ohnehin nicht im Einflußbereich sozialdemokratischer Politik lag, oder auf die Absicherung eines Landes durch Militärbündnisse, sondern er favorisierte die außen- und wirtschaftspolitische Sicherung des Donau-Balkan-Raumes im Rahmen eines gesamteuropäischen Ausgleichs. Er bewies aber ausreichend Realitätsverständnis, nicht davon auszugehen, daß diese Lösung von den dortigen Nationalstaaten angestrebt und durchgesetzt werden könne¹²⁵². Ferner wies Jaksch auf den Nachteil hin, daß die Westmächte in dieser Region nur wenig präsent waren. Da es ihnen nur um die Wahrung des *Status quo* gehe, schrieb er Frankreich und Großbritannien wenig Aussicht auf Initiative zu. Sie würden vielmehr bis zum letzten Punkt versuchen, einen *Modus vivendi* mit den faschistischen Staaten zu vereinbaren. Zudem agierten sie nur mit Mitteln der Geheimdiplomatie und besäßen insbesondere

¹²⁵¹ W. Jaksch: Mehr Internationalität, mehr Europäertum!, in: Der Kampf 2 (1935), 449-52, S. 450.

¹²⁵² "Ohne uns selbst zum bloßen Objekt im Schachspiel der Großmächte zu degradieren, müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß über das Gelingen oder Mißlingen der Hitlerschen Donaupläne in London, Paris und Moskau, leider auch z. T. in Rom das letzte Wort gesprochen werden wird." W. Jaksch: Zentraleuropa und Westeuropa, in: Der Kampf 3 (1936), 381-84, S. 384.

nicht die erforderlichen wirtschafts- und handelspolitischen Konzepte, während die faschistischen Staaten groß angelegte Propagandafeldzüge starteten und bereits erfolgreich bestehende Macht- und Bündnisstrukturen untergraben konnten. "Alle von Paris oder von der Genfer Tribüne und zuletzt von Stresa aus verkündeten Reorganisationspläne für Mitteleuropa haben sich bald darauf als eine deklamatorische Angelegenheit enthüllt. Die engherzige Praxis der französischen Handelspolitik, selbst den besten Bundesgenossen gegenüber, hat mit den paneuropäischen Idealen, die seinerzeit Briand so formvollendet vertrat, nichts zu tun."¹²⁵³

Dies bedeutete für Jaksch allerdings nicht, daß sich die sozialistischen Parteien in Europa auf das Spiel der Westmächte einlassen mußten. Um die friedliche außenpolitische Entwicklung Europas positiv beeinflussen zu können, bräuchten sie aber anstelle eines unreflektierten Pazifismus eine inhaltlich klare Orientierung. Denn zum bisherigen Verlauf der Ereignisse habe nicht zuletzt die außenpolitische Programmlosigkeit der sozialistischen Parteien beigetragen. Von ihrem fehlenden Willen, eine eigenständige Initiative zur Lösung der Probleme zu ergreifen, profitierte einzig der Faschismus¹²⁵⁴. "Hierbei geht es aber nicht um Personenfragen, sondern um die ganze Geisteshaltung des demokratischen Sozialismus zu den gigantischen Aufgaben dieses Jahrhunderts. Besonders die triste Wirtschaftslage und die Bedrängnis der Arbeiterklasse durch die sozialen Wirkungen der kapitalistischen Dauerkrise bringen es mit sich, daß die Kraft und Aufmerksamkeit der sozialistischen Parteien in den demokratischen Staaten vorwiegend der Innenpolitik zugewandt ist. Jede innerpolitische Konzeption gerät indes in Gefahr, an den Überraschungen der Außenpolitik zu scheitern, wenn die außenpolitischen Entwicklungsmöglichkeiten nicht in Rechnung gestellt sind. Abgesehen von den großen Schicksalsfragen der Weltpolitik, die eine feste Stellungnahme jedes in der aktiven Politik wirkenden Menschen erheischen, braucht der demokratische Sozialismus vor allem eine gesamteuropäische Konzeption. Der machtpolitische Aktionsradius fast aller europäischen Arbeiterparteien ist derzeit sehr begrenzt. Der Sozialismus muß aber dort, wo er nicht unmittelbar in die praktische Gestaltung der Dinge eingreifen kann, als konstruktive Geistesmacht und als moralische Potenz in Erscheinung treten ... Der Donauroum ist das Schachbrett des europäischen Faschismus, ein Becken voll gärender und nach neuer Gestaltung drängender Kräfte. Das Verhältnis der Arbeiterbewegung zu den unterdrückten Bauernmassen halb- und scheinkonstitutioneller Agrarstaaten birgt große künftige Möglichkeiten und Gefahren in sich. Die Einverleibung dieser Problemstellungen in eine neue Gesamtkonzeption des europäischen Sozialismus ist unerläßlich."¹²⁵⁵ Um eine solche umfassende Konzeption auf europäischer Ebene durchsetzen zu können, müssen sich "tschechische und österreichische, ungarische und sudetendeutsche Sozialdemokraten zuvor eine gemeinsame Vorstellung über die politischen und wirtschaftlichen Lösungsmöglichkeiten aller im Donauroum offenen Probleme erarbeiten."¹²⁵⁶

¹²⁵³ W. Jaksch: Mehr Internationalität, mehr Europäertum!, in: Der Kampf 2 (1935), 449-52, S. 450.

¹²⁵⁴ Vgl. W. Jaksch: Ist der Krieg unvermeidlich?, in: Der Kampf 3 (1936), 301-04, S. 303.

¹²⁵⁵ W. Jaksch: Mehr Internationalität, mehr Europäertum!, in: Der Kampf 2 (1935), 449-52, S. 451.

¹²⁵⁶ W. Jaksch: Zentraleuropa und Westeuropa, in: Der Kampf 3 (1936), 381-84, S. 384.

Jaksch schrieb der von ihm geforderten gesamteuropäischen demokratisch-sozialistischen Lösungskonzeption insgesamt vier Aufgaben zu. Die wichtigste bestand für ihn in der unbedingten Kriegsvermeidung. Diese These entwickelte er am deutlichsten in seiner Replik auf die Abhandlung Otto Bauers, in der dieser u.a. die Auffassung vertreten hatte, daß ein erneuter Weltkrieg, an dem sich sowohl die UdSSR als auch faschistisch-kapitalistische Staaten beteiligen werden, unweigerlich zum Entscheidungskampf zwischen Sozialismus und Kapitalismus geraten werde¹²⁵⁷. Ähnlich wie Josef Fischer in der ČSD wertete Jaksch Bauers Analyse als zu fatalistisch. Seine Schlußfolgerungen bzgl. alternativer sozialistischer Lösungsmöglichkeiten seien insgesamt realitätsfern und das Mobilisierungspotential sei auf der Grundlage dieser Thesen zu gering. "Es kann aber nicht die Aufgabe der sozialistischen Theorie in so kampfgefüllter Zeit sein, der unbekanntem Zahl von Überlebenden eines zweiten Weltkrieges Trost zu spenden und revolutionäre Anleitungen mitzugeben. Das würde ein Sich-Abfinden damit bedeuten, daß bis zum Tage des Kriegsausbruches die entscheidende Initiative in den Händen der faschistischen Diktatoren bleibt. Dadurch gerade würde eine Entwicklung unterstützt, welche alle machtpolitischen Möglichkeiten des europäischen Sozialismus verschüttet und auch die Konzeption Dr. Bauers im voraus außer Kurs setzt. Man darf die ungewöhnliche Fähigkeit der führenden Diktaturen nicht übersehen, großen Risiken auszuweichen und zumindestens ihre nächstliegenden Ziele durch Manövrieren zu erreichen. Hitler und Mussolini scheinen nicht die geringste Lust zu haben, ihre immerhin labilen Machtapparate der Belastungsprobe eines Waffenganges mit ebenbürtigen Gegnern auszusetzen. Ihre ganze Politik ist vielmehr darauf konzentriert, der bewaffneten Auseinandersetzung mit einer großen Gegenkoalition auszuweichen und die außenpolitische Front ihrer Gegner durch wirtschaftliche Lockungen oder erpresserische Drohungen zu zertrümmern. Sie steuern offenkundig darauf hin, die Demokratien des Westens und die Staaten Zentral- und Südosteuropas auseinander zu manövrieren und so die Herrschaft über den Kontinent zu erringen - ohne Krieg!" Zudem unterschätze Bauer die Beweglichkeit der sowjetischen Außenpolitik, er fördere die bestehende Bereitschaft der Sozialisten, auf den Krieg als Entscheidungskampf zu warten, und steuere der Notwendigkeit entgegen, "die Auseinandersetzung mit dem Faschismus national und international auf die denkbar breiteste Massenbasis zu verlegen". Jaksch befürchtete also bereits 1936 zu Recht, daß ein erneuter Weltkrieg für Kontinentaleuropa einem Selbstmord gleichkäme. Die Aufgabe für die europäische Arbeiterbewegung müsse deshalb darin bestehen, "die Rettung Europas durch den Sozialismus"¹²⁵⁸ anzustreben.

Die zweite Anforderung für die Friedenspolitik der Arbeiterbewegung sollte nach Jakschs Ansicht darin bestehen, der Kriegsideologie des Faschismus ein tragfähiges Konzept zur Lösung der sozialen Frage gegenüberzustellen. "Der Faschismus basiert auf der Überzeugung, daß eine große kriegerische Entscheidung um die neue Machtverteilung auf dem Kontinent und in der Welt unausweichlich und sogar erstrebenswert ist. Gelegentliche Friedensbeteuerungen ändern daran nichts. Nur die ungelöste soziale Frage spricht gegen die Kriegsideologien. Sie ist die unbekannteste Größe in jeder strategischen Berechnung. Die Angst der Kapitalistenklasse vor

¹²⁵⁷ Vgl. Bauer (1936), a.a.O.

¹²⁵⁸ W. Jaksch: Ist der Krieg unvermeidlich?, in: Der Kampf 3 (1936), 301-04, S. 302 ff.

der sozialen Revolution ist zweifellos ein wichtiges Kriegshindernis. Darum wäre es vom Standpunkt einer kontinentalen sozialistischen Strategie verfehlt, damit nur für den Fall militärischer Niederlagen zu drohen. Die soziale Frage ist das entscheidende Imponderabile der Kriegspolitik. Sie muß also in den denkbar weitesten Maßstäben zuvor aufgeworfen werden. Sie ist als Waffe des Friedenskampfes einzusetzen noch vor dem Krieg." In der Bildung der Volksfront-Regierung in Frankreich sah Jaksch daher einen wichtigen Schritt in diese Richtung. Denn sie hat nach langer Zeit erstmals wieder die soziale Frage auf die innenpolitische Agenda einer Großmacht gesetzt, und dies werde auch eine Signalwirkung über die Grenzen Frankreichs hinaus haben. "Die Völker sehen zwischen Faschismus und Bolschewismus noch eine dritte Möglichkeit sich aufzutun: soziale Erneuerung in demokratischer Freiheit. Zwischen den Kriegsvorbereitungen kommt noch einmal ihre Friedensaufgabe zu Wort. Es wäre zuviel gesagt, daß damit den faschistischen Diktaturen das Gesetz des Handelns entglitten ist. Sie sind aber in Gefahr, es zu verlieren."¹²⁵⁹ Schließlich war Jaksch der Meinung, daß eine fortschrittliche Sozialpolitik auch Auswirkungen auf die politische Stabilität des deutschen Faschismus haben werde. Denn jeder sozialpolitische Erfolg der Regierung Blum werde das NS-Regime schwächen, da große Teile seiner sozialen Basis zweifelsfrei auch sozialistische Sehnsüchte hegen. Und damit schwinde die Kriegsgefahr¹²⁶⁰.

Als dritte Aufgabe in Jakschs Konzeption muß diese fortschrittliche Sozialpolitik mit einer konstruktiven Außenpolitik verbunden werden, die es der Staatenwelt des Donau-Balkan-Raumes ermöglichen sollte, ohne die handelspolitische Anbindung an einen der faschistischen Staaten die Wirtschaftskrise zu überwinden. "Würden so mächtige Wirtschaftsreiche wie Rußland, Frankreich und England endlich begreifen, daß die weitere Machtgruppierung in Europa nicht zuletzt durch handelspolitische Offensiven entschieden wird, dann könnten sie die Manöver des faschistischen Blocks mühelos durchkreuzen."¹²⁶¹ Dies müsse auch im innenpolitischen Interesse Frankreichs liegen, da "alle Reformen in Frankreich auf Sand gebaut sind, solange die europäische Anarchie weitere Fortschritte machen kann. Selbst wenn sich Frankreich allein aus der Krise herausarbeiten könnte, bliebe das Faktum aufrecht, daß eine ganze Reihe kleinerer und mittlerer Staaten in Europa den Weg aus der Krise aus eigener Kraft nicht mehr finden wird. Darauf begründen die Herren von Berlin und Rom ihre hochfliegenden Pläne ... Die kollektive Sicherheit ist ein ideales Prinzip. Sie kann aber nicht auf wirtschaftliche Unsicherheit und soziale Verzweiflungsstimmungen krisenbedingter Millionenmassen in der zentraleuropäischen

¹²⁵⁹ W. Jaksch: Frankreich und Europa, in: Der Kampf 3 (1936), 271-73, S. 271.

¹²⁶⁰ "Auch die France-Abwertung gliedert sich in die Friedenspolitik Blums organisch ein. Sie ist ein neuer Versuch, wirtschaftliche und soziale Aufbauforderungen wieder auf die Tagesordnung Europas zu setzen. Schon die sozialpolitischen und lohnpolitischen Erfolge der ersten Etappe des Regimes Blum haben jenseits des Rheins schwere Beklemmungen hervorgerufen. Hitler mußte darauf in Nürnberg mit der fatalen Erklärung antworten, daß im nationalsozialistischen Deutschland an Lohnerhöhungen nicht zu denken sei... Gelingt es hingegen der Regierung Frankreichs, durch den Anschluß an den Sterlingblock den erfolgreichen Weg der schwedischen Wirtschaftspolitik zu gehen, dann wird das Hitlerregime auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiete immer mehr in die Defensive gedrängt werden ... Kann aber der Friedensblock das Spiel so lange durchhalten, bis auch innerhalb der großen Diktaturen die sozialen Probleme wieder an die Oberfläche kommen, dann hätte nach menschlichem Ermessen das Schifflein der europäischen Politik die schlimmste Gefahrenzone passiert." W. Jaksch: Zentraleuropa und Westeuropa, in: Der Kampf 3 (1936), 381-84, S. 382.

¹²⁶¹ W. Jaksch: Ist der Krieg unvermeidlich?, in: Der Kampf 3 (1936), 301-04, S. 303.

Depressionszone begründet werden ... Was wir brauchen, ist eine gemeinsame Plattform, auf der sich der Selbsterhaltungswille der sozialistischen und demokratischen Kräfte des Kontinents entfalten kann. Nicht darauf kommt es an, in das Faszikel papierener Europapläne ein neues Blatt einzulegen, sondern in den Völkern den Willen zur Überwindung jenes Chaos zu mobilisieren, von dem der Faschismus sein Leben fristet und seine höchsten Triumphe erwartet. Wenn die Regierung Leon Blums Frankreich retten will, dann muß sie einen kühnen Versuch zur Rettung Europas unternehmen."¹²⁶² Damit schob Jaksch die Verantwortung jedoch einseitig in den Bereich der Westmächte, ohne zu problematisieren, wie sich die unterbrochenen Handelsbeziehungen dieser Staaten untereinander verbessern könnten, welche Anstrengungen sie selbst dazu unternehmen müßten und wie die bestehenden innenpolitischen Hindernisse für einen regionalen Wirtschaftsaustausch abgebaut werden könnten.

Den vierten Aspekt seiner Konzeption bildet schließlich die umfangreiche Revision der Nachkriegsordnung als Voraussetzung für ein System friedlicher Koexistenz in Europa. Wie bereits erörtert, hatte Jaksch in "Volk und Arbeiter" dargestellt, daß Deutschland einen gesicherten außenpolitischen Zustand brauche, um zu einer auf Frieden und sozialen Fortschritt ausgerichteten politischen Zielsetzung zurückfinden zu können. Nach seiner Ansicht bedürfe es hierzu auch einer Repatriierung exterritorialer Minderheiten durch Grenzkorrekturen. In diesem Zusammenhang nannte Jaksch explizit die hoch politisierte Korridorfrage¹²⁶³. Es läßt sich aus seinen Diskussionsbeiträgen jedoch nicht eindeutig erkennen, inwieweit für ihn zu diesem Zeitpunkt auch Grenzabtretungen zu Lasten der ČSR infrage kamen. Vor dem Hintergrund seines innenpolitischen Engagements für einen tschechisch-deutschen Ausgleich kann allerdings davon ausgegangen werden, daß er kein Interesse an einer Schwächung der Verhandlungsposition seiner Partei durch Dezimierung der sudetendeutschen Volksgruppe haben konnte. Denn die Beispiele der ungarischen und der polnischen Minderheit konnten ihm zeigen, daß nationalpolitische Reformen nur über politischen Einfluß zu erzwingen waren.

Ebenso wie Jaksch erachtete es auch Franzel als Notwendigkeit, dem faschistischen Konzept eine revolutionäre sozialistische Idee des Sozialismus gegenüberzustellen. "Die deutsche Revolution, die auf dem Wege zu einem neuen Europa die wichtigste Etappe ist, kann und wird nicht für eine französische, englische oder russische Lösung, sie wird nur für eine europäische, eine sozialistische fechten. Nur eine sozialistische Zielsetzung, nur ein sozialistisches Programm werden zwischen Deutschen und Franzosen die Brücke schlagen und aus beiden Europäer machen!" Konstituierende Momente dieser Idee sollten seiner Meinung nach politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit, Sozialisierung der Schlüsselindustrien und Planwirtschaft sein, die auf eine "gesamteuropäische Großraumwirtschaft"¹²⁶⁴ als Schlußpunkt hinauslaufen müßten. Stärker noch als Jaksch betonte Franzel hingegen die Notwendigkeit einer grundlegenden Revision der Nachkriegsordnung, inklusive einer territorialen Neuordnung, und der Neuregelung der Minderheitenfrage. Ausschlaggebend dabei war für ihn ab dem Sommer 1936 die Einsicht, daß

¹²⁶² W. Jaksch: Frankreich und Europa, in: Der Kampf 3 (1936), 271-73, S. 272 f.

¹²⁶³ Vgl. Kap. 5.3.3.1.

¹²⁶⁴ E. Franzel: Europa - eine sozialistische Aufgabe!, in: Der Kampf 3 (1936), 182-88, S. 187 f.

diese Revision ohnehin nicht länger vermeidbar sei. "Und die Frage ist heute nur noch, ob diese notwendige Revision von Hitler, von Mussolini oder von der britisch-französisch-russischen Gruppe durchgeführt wird; daß sie kommt, ist seit den Februar-Ereignissen von 1934 nicht mehr zu verhindern. Damals schrieb Gregor Bienstock (Zwischen den Weltkriegen): 'Wir müssen Hitler die Parole der Revision entreißen, wir müssen die Friedensverträge gegen Hitler revidieren.'¹²⁶⁵ Bislang hätten die demokratischen Staaten in dieser Frage versagt. Indem sie sich nicht an die Revisionsproblematik heranwagten, überließen sie den faschistischen Mächten, die es immer wieder verstanden haben, sich temporär zu verbinden, wiederholt das Heft des Handels¹²⁶⁶.

Zum Hauptangriffsziel von Franzels Argumentation wurde damit zwangsläufig die französische Außenpolitik, deren ideologischen Standort er als politisch überholt wertete und die dem Vormarsch des Faschismus in Europa Vorschub leistete¹²⁶⁷. Er kritisierte aber ebenso die tschechische außenpolitische Haltung, die seiner Meinung nach durch ihr starres Festhalten am *Statu quo* der Erreichung alternativer Bündnisstrukturen in der Region im Wege stehe. Im Sommer 1935 betrachtete Franzel in diesem Zusammenhang den soeben mit der UdSSR unterzeichneten Beistandspakt unter den gegebenen Umständen zwar als ein adäquates Mittel, das größtmögliche Sicherheit biete. Mittelfristig könne diese sicherheitspolitische Anbindung an eine weitere Großmacht jedoch nicht die grundlegenden Probleme der tschechoslowakischen Außenpolitik lösen, denn eine Regelung der mitteleuropäischen und damit vor allem der österreichischen Frage sei davon ausgeschlossen. "Die wirtschaftliche und staatsrechtliche Gestaltung Mitteleuropas ist auf weite Sicht sogar wichtiger als die Koalition mit Moskau und Paris. Denn diese wird einmal anderen Kombinationen weichen können oder weichen müssen, ohne daß dadurch die Lebensinteressen der Tschechoslowakei unbedingt in Gefahr geraten werden, jene aber hat säkulare Bedeutung; in der großen europäischen Politik handelt es sich um die Einordnung der Tschechoslowakei in ein System der relativen Sicherheit, das aber doch zahlreichen Variationen unterworfen ist, die nicht von den eigenen Entschlüssen Prags und oft gar nicht von europäischen Bedingungen abhängen ..., die mitteleuropäische Situation aber ist durch gewisse geopolitische und unveränderliche Komponenten, durch gewisse schwer zu ändernde wirtschaftliche Tatsachen bestimmt und es geht darum, wie sich die Tschechoslowakei, unter welcher europäischen Gruppierung immer, am günstigsten mit den im Donauraum gegebenen Voraussetzungen abfindet." Deshalb schwebte Franzel die Bildung einer "Donauföderation" zwischen den Staaten der Kleinen Entente sowie Österreich, Ungarn und evt. auch Bulgarien vor -

¹²⁶⁵ E. Franzel: Berlin-Belgrad-Bukarest, in: Der Kampf 3 (1936), 261-66, S. 262.

¹²⁶⁶ Vgl. E. Franzel: Europäische Zwischenbilanz, in: Der Kampf 3 (1936), S. 304-12.

¹²⁶⁷ "Die französische Politik findet sich nicht zurecht, denn sie begreift heute so wenig wie jemals, daß auch im Leben der Völker nicht die starre Form, sondern ein lebendiges, wandlungsfähiges Gesetz waltet. Das französische System will den Frieden durch die strikte Wahrung des Versailler Vertrages sichern, ist aber bereit, den Gegnern von Versailles dort das Feld freizugeben, wo keine durch Versailles garantierte Grenze verletzt wird ... Die englische Politik erkennt die Fragwürdigkeit der Friedensverträge. Sie will einen Völkerbund, der Unhaltbares zu revidieren bereit ist, sie will das starre System von Genf durch ein elastisches ersetzen, aber sie weiß zugleich, daß man es allverbindlich machen muß. Sie hat begriffen, daß man nicht gegen Hitler Front machen und zugleich Mussolini fördern kann." E. Franzel: Vor dem Engpaß. Die Gefahrenzone der anglo-europäischen Politik, in: Der Kampf 3 (1936), 62-69, S. 66.

jedoch anders als im Hodža-Plan ohne Italien. Dieses Gebilde "wäre eine Großmacht, die sich militärisch durch Zusammenschluß mit Frankreich und Rußland gegen jeden Druck der Großmächte Deutschland und Italien sichern könnte. Es entstünde ein Staatenbund mit 60 bis 70 Millionen Einwohnern und reichen wirtschaftlichen Hilfsquellen. Jugoslawien würde seine Adriaküste gegen Italien geschützt sehen, die Tschechoslowakei wäre die Sorge um ihre langgestreckte Grenze ledig, Ungarn und Österreich könnten ihre Individualitäten in einem wirklichen überstaatlichen Lebensraum, nicht als Vasallen, sondern als gleichberechtigte Partner entfalten. Die Minderheitenprobleme ließen sich in solchem Rahmen durch zwischenstaatliche Gegenseitigkeitsverträge regeln, ohne daß einer der Staaten seiner Souveränität etwas vergeben müßte. Das Gleichgewicht in Mitteleuropa wäre wieder hergestellt, aber weit besser gesichert als zwischen 1871 und 1918, da Österreich als verfallender Staat von Deutschland abhängig war." Wäre ein solcher politischer und wirtschaftlicher Zusammenschluß als Ergebnis nüchterner Realpolitik für alle Beteiligten erstrebenswert, scheitere er derzeit einzig an den bestehenden Eitelkeiten und den ideologischen Hindernissen der tschechischen Eliten. Denn eine Donauföderation, in welcher Ausgestaltung auch immer, hätte ihr politisches Zentrum unweigerlich in Wien. "Das heißt also, wenn man es scharf formulieren will, daß die Mitteleuropa-Politik der Tschechoslowakei von den kommunalen Interessen ihrer Hauptstadt abhängig ist und daß über Lebensinteressen der Republik die Eitelkeit des Prager Pfahlbürgers und die Ressentiments der Prager gegen das kaiserliche Wien entscheiden."¹²⁶⁸ Dieser an die tschechische Seite gerichtete einseitige Vorwurf war vor dem Hintergrund der komplexen Interessenlage in dieser Schärfe nicht gerechtfertigt und ist doch eher als Ausdruck der antitschechischen Grundeinstellung des Autors zu verstehen, aus der er in seiner publizistischen Tätigkeit nach dem Zweiten Weltkrieg schließlich auch keinen Hehl mehr machte.

Weitaus provozierender für die tschechische Politik waren jedoch Franzels Thesen zur Behandlung der österreichischen Frage durch die demokratischen Staaten. Seit Ende 1933 hatte er - ausgehend von der Überlegung, daß eine außenpolitische Einreihung Österreichs in den faschistischen Block die Nationalverteidigung für die ČSR unmöglich mache - die Ansicht vertreten, die Neutralität der Alpenrepublik lasse sich am besten durch eine Restauration der Herrschaft der Habsburger erreichen¹²⁶⁹. Während dieser Schritt in den Augen der Prager Außenpolitik völlig undenkbar war und auch die ČSD-Führung argumentierte, er würde einer "Rückkehr ins Mittelalter"¹²⁷⁰ gleichkommen, aber vor allem die eigene staatliche Existenz bedrohen, nahm Franzel dieses Gedankenspiel im Sommer 1936 wieder auf und löste damit eine heftige Debatte aus, die insbesondere von den österreichischen Exulanten unter der These "Weder Hitler noch Habsburg" geführt wurde¹²⁷¹. Franzel verwies in seiner Argumentation auf die ideolo-

¹²⁶⁸ E. Franzel: Die tschechische Politik und Mitteleuropa, in: Der Kampf 2 (1935), 309-13, S. 309, S. 313 f. und S. 310.

¹²⁶⁹ Vgl. E. Franzel: Das Problem der Nationalverteidigung in der Tschechoslowakei, in: Tribüne 6 (1933), 355-63, S. 359.

¹²⁷⁰ Šest let činnosti (1935), a.a.O., S. 8.

¹²⁷¹ Vgl. z.B. J. Deutsch: Weder Hitler noch Habsburg, in: Der Kampf 3 (1936), S. 346-51. Vertreter der ČSD nahmen an dieser Debatte jedoch nicht teil.

gische Bedeutung eines Anschlusses für Hitler, die er noch über den strategischen Vorteilen für die nationalsozialistische Expansionspolitik verortete¹²⁷² und skizzierte vier Szenarien: 1. Österreich wird italienisches Protektorat; 2. der Anschluß an Deutschland; 3. Redemokratisierung und Anschluß an die Kleine Entente. Diese Variante hielt er aber für unwahrscheinlich, da weder die Westmächte noch die Staaten der Kleinen Entente bereit seien, den beiden Diktatoren eine derartige Lösung aufzuzwingen; 4. Restauration der Habsburger entweder als "Maske einer faschistischen Lösung" oder "als 'volksmonarchistische' Lösung, verbunden also mit der Redemokratisierung im Innern und als Versuch, gewisse Kräfte der Linken und der Rechten zu versöhnen, die militärische Exekutive und Teile der industriellen Arbeiterschaft auf die mittlere Linie eines konstitutionellen Kompromisses zu führen"¹²⁷³.

Da Franzel nur die letzte Variante für erstrebenswert hielt, forderte er die Staaten der Kleinen Entente auf, den antirestaurativen Charakter des Bündnisses aufzugeben. Besonders in Prag müsse man sich darüber im klaren sein, daß ein Anschluß Österreichs an Deutschland in Rumänien und Jugoslawien viel eher hinnehmbar sein werde als für die ČSR und daß die Kleine Entente deshalb dieses vitale Interesse der ČSR nicht abdecken werde. "Die Restauration wirft gewiß ernste Probleme auf, und es ist die Frage, ob sie auf weitere Sicht nicht eine Bedrohung der Staatsschöpfung von 1918 darstellt. Darum könnte die Tschechoslowakei sich mit der Restauration nur abfinden, wenn ihr ausreichende Garantien geboten würden, für die vor allem die Westmächte als Garanten zeichnen müßten. Anders denn als ein europäischer Akt, als eine von den Mächten garantierte Regelung des österreichischen Problems ... wäre die Restauration auch für die Tschechoslowakei kaum diskutabel." Darüber hinaus müsse sich die ČSR bewußt sein, daß sich die Kleine Entente über kurz oder lang über die deutsch-jugoslawische Annäherung in den Einflußbereich Hitlers bewegen werde, die ČSR aber andererseits das Bündnis nicht wird aufkündigen können. "Die Chance, die wir haben, wäre eine rechtzeitige europäische Erörterung der österreichischen Frage und ihre Lösung im Einvernehmen mit den Westmächten, dabei ohne Vergewaltigung Österreichs. Die Frage der Restauration müßte aus dem gefährlichen Dunkel der Kulissen- und Intriguenpolitik, aus dem Bereich der Kriegsdrohungen und des Hasardspieles in die Sphäre der ernstesten völkerrechtlichen und diplomatischen Diskussion gerückt werden. Sie wäre im Haag und in Genf aufzurollen, nicht in Bukarest, Belgrad, Rom und Berlin. Nur so kann man vermeiden, daß die Politik ... einen Krieg heraufbeschwört, dessen peinlichste Folge wäre, daß Hitler im Gewande des beleidigten Friedenschütters und vertragstreuen Europäers zum Schiedsrichter und Herrn im Donauraum wird."¹²⁷⁴

¹²⁷² "Es gibt kein 'Drittes Reich' ohne Wien, es gibt nichts auf der Welt, ... das, ideologisch und psychologisch gesehen, Hitler und dem Nationalsozialismus den Besitz Österreichs ersetzen könnte. Abgesehen von den südosteuropäischen Plänen der deutschen Schwerindustrie, von der mitteleuropäischen Rüstungsbasis der Reichswehr, von der geopolitischen und militärischen Bedeutung des Donauraums, die alle auch ins Gewicht fallen, besitzt Österreich für Hitler einen Wert, der sich nicht in Exportziffern, Quadratmeilen, Rohstofftonnen und Soldaten ausdrücken läßt." E. Franzel: Europäische Zwischenbilanz, in: Der Kampf 3 (1936), 304-12, S. 308.

¹²⁷³ E. Franzel: Berlin-Belgrad-Bukarest, in: Der Kampf 3 (1936), 261-66, S. 263.

¹²⁷⁴ Ebd., S. 264 und S. 265 f.

7.3 Die Interessendivergenzen bei den Westmächten und ihre Rezeption durch die Sozialdemokraten

Nachdem die Vorkriegszeit und der Erste Weltkrieg die strategische Bedeutung Mitteleuropas für die Machtverhältnisse auf dem Kontinent verdeutlicht hatten, mußte die alliierte Politik darauf ausgerichtet sein, einer kontinentalen Blockbildung zwischen Deutschland, Rußland und den Nachfolgestaaten der Habsburger Monarchie vorzubeugen. Dieses sollte durch die Ausschaltung Deutschlands als mitteleuropäische Wirtschafts- und Ordnungsmacht, durch die Verhinderung einer Restauration der Habsburger Monarchie und durch die territoriale und politische Beschränkung des bolschewistischen Rußlands geschehen. Hierbei wurde den Sukzessionsstaaten, vor allem der wirtschaftlich relativ starken und innenpolitisch stabilen ČSR, als einem *cordon sanitaire* eine tragende Rolle zugeschrieben. Um diese Rolle übernehmen zu können, mußten die Nachfolgestaaten aber wirtschaftlich und sozial konsolidiert sein, bevor das durch die Kriegsfolgen noch geschwächte Deutschland und Rußland ihre traditionellen Führungsrollen in der Region wieder einnehmen konnten und vom deutschen Kapital und dem sowjetischen Gesellschaftssystem eine Anziehungskraft auf die neuen Staaten ausgeübt werden konnte. Die politische Kohäsion zwischen den Nachfolgestaaten mußte von den Westmächten bezweifelt werden, denn die Pariser Friedensordnung und deren territoriale Regelungen hatten viele Reibungspunkte geschaffen, an denen sich neue Konflikte entzünden konnten. Dieses galt sowohl auf zwischenstaatlicher Ebene als auch durch die beginnenden Konflikte mit den nationalen Minderheiten in den einzelnen Ländern. Obwohl die außenpolitischen Zielvorstellungen Frankreichs und Großbritanniens einen hohen Grad an Kongruenz aufwiesen, sollte es sich für die Zwischenkriegszeit jedoch als fatal erweisen, daß diese Staaten in bezug auf Mitteleuropa unterschiedliche, der Realität unangemessene und sich letztlich gegenseitig ausschließende Konzepte verfolgten. Beide Großmächte stellten ergeizige Machtansprüche, ohne über die für deren Durchsetzung erforderlichen ökonomischen, militärischen und innenpolitischen Ressourcen zu verfügen, und sie zeigten sich bis 1938 außerstande, ihre divergierenden Strategien zu überdenken und in einem Kompromißverfahren zu harmonisieren, um den machtpolitischen Herausforderungen durch die revisionistischen Kräfte erfolgreich begegnen zu können.

Frankreichs Politik gegenüber der ČSR vollzog sich vor dem Hintergrund der gegen Deutschland gerichteten Hegemonialpolitik. Die Kriegsallianz, in der die tschechoslowakischen Legionen eine bescheidene Rolle gespielt hatten, sollte nach der Vorstellung Frankreichs in die Friedenszeit hinübergerettet werden, um einerseits unter dem Gesichtspunkt nationaler Sicherheit Deutschland politisch und militärisch schwach zu halten und eine Revanche zu verhindern und um andererseits die Reparationszahlungen sicherzustellen. Frankreich betrachtete seine eigene Hegemonialstellung auf dem Kontinent dabei "nicht als Gegensatz von Sicherheit, son-

dem vielmehr als Voraussetzung von Sicherheit"¹²⁷⁵. Mit diesen Vorstellungen stand Frankreich aber ziemlich bald allein da, denn die USA hatten sich in die politische Isolation zurückgezogen, Rußland war als Verbündeter auf unabsehbare Zeit ausgefallen und Großbritannien betrachtete die Regelungen von Versailles mit ihren wirtschaftlichen und politischen Implikationen ob ihrer Funktionalität mit zunehmender Skepsis. So erhielten die Sukzessionsstaaten - insbesondere die ČSR, die als saturierte Macht und Verfechterin der *Status quo*-Politik im Völkerbund berechenbarer war als z.B. Polen - eine bedeutendere Rolle in der Durchsetzung der französischen Sicherheitskonzeption. Dabei gab es zwischen Frankreich und der ČSR vor allem in der ersten Hälfte der zwanziger Jahre eine erhebliche außenpolitische Interessenidentität. Auch der ČSR war daran gelegen, deutsche und österreichische Schlüsselpositionen aus der mitteleuropäischen Wirtschaft zu eliminieren, und das Verlangen der tschechoslowakischen Politik, durch Anlehnung an die Entente ihre staatliche Existenz sicherzustellen, entsprach dem französischen Wunsch nach einer sicherheitspolitischen Führungsrolle auf dem Kontinent. Zwar bemühte sich Beneš, auf dieser Grundlage die gegenseitigen Beziehungen als ein Verhältnis gleichberechtigter Partnerschaft auszugestalten, doch es gelang der ČSR aufgrund ihrer prekären innenpolitischen Situation und ihrer außenpolitischen Schwäche zu keinem Zeitpunkt, die Rolle eines Juniorpartners zu überschreiten.

Trotz des militärischen Sieges muß die französische Position im internationalen System nach 1918 aufgrund ihrer äußeren Verletzbarkeit als schwach eingeschätzt werden. Frankreich brauchte militärische Sicherheit gegen eine erneute Aggression. Es war auf Reparationszahlungen angewiesen, um seine Kriegsfolgen zu überwinden und einer deutschen Wirtschaftshegemonie entgegensteuern zu können. Und schließlich war es von Märkten und Rohstoffen abhängig, um eine Wirtschaftsgrundlage für die nationale Verteidigung zu schaffen und ein Wirtschaftswachstum zu erreichen, das die politische und sozioökonomische Stabilität im eigenen Land sicherstellte¹²⁷⁶. Um seine sicherheitspolitische Rolle in Europa auch wirtschaftlich abzusichern, waren für Frankreich nach dem Verlust der Beteiligungen an russischen Unternehmen Kapitalexperte von großer Wichtigkeit. Allerdings stellte sich in dieser Situation sehr bald heraus, daß Kapitalexperte nicht mehr in dem Ausmaß fortgesetzt werden konnten wie noch vor 1914. Die Kredithilfen Frankreichs an die ČSR beschränkten sich auf den Aufbau einer tschechoslowakischen Armee, wodurch sich die Franzosen bis weit in die zwanziger Jahre hinein einen entscheidenden Einfluß sicherten. Aber auch die Investitionsneigung der Privatwirtschaft blieb gering, da ihre traditionellen Handelspartner eher in den westlichen Industrieländern und in Übersee waren als in den Nachfolgestaaten, deren Produktionsstrukturen nicht mit den französischen Handelsbedürfnissen korrespondierten. Da sich die französischen Banken ebenfalls auf die großen internationalen Finanzplätze konzentrierten, "blieb der Zusammenhang zwischen

¹²⁷⁵ C.A. Wurm: Die französische Sicherheitspolitik in der Phase der Umorientierung 1924-1926, Frankfurt/M. usw. 1979, S. 25.

¹²⁷⁶ Vgl. zu den Problemen der außenpolitischen Krisenanfälligkeit Frankreichs die Untersuchung von W.A. McDougall: France's Rhineland Diplomacy, 1914-1924. The Last Bid for a Balance of Power in Europe, Princeton 1978, insbesondere S. 362 f.

französischer Außen- und Wirtschaftspolitik schwach, und es gelang der Regierung nicht, privatwirtschaftliche und außenwirtschaftliche Interessen zur Deckung zu bringen"¹²⁷⁷.

In der zeitgenössischen sozialdemokratischen Diskussion läßt sich nur bei der DSAP eine Rezeption dieser Zusammenhänge ausmachen. So wies Jaksch darauf hin, daß trotz aller berechtigter Hoffnungen an die Volksfrontregierung nicht übersehen werden dürfe, daß Frankreich noch auf Jahre hin die Folgen seines sozial- und wirtschaftspolitischen Reformstaus werde abarbeiten müssen, bevor es neue Ressourcen für seine europäische Machtpolitik werde mobilisieren können¹²⁷⁸. Demgegenüber kultivierten die Politiker der ČSD den Mythos von Frankreich als der uneigennütigen Schutzmacht. In seinem politischen Referat auf dem Parteitag von 1937 vertrat Bechyně die These, Frankreich habe im Laufe des Jahres 1936 seine Einstellung zur Friedenssicherung geändert. Nach dem Wahlsieg der Linken sei Frankreichs politisches Selbstbewußtsein wieder angewachsen und dies werde auch auf Gesamteuropa ausstrahlen. Mit dieser Entwicklung und der außenpolitischen Wende der UdSSR von 1934, die er als nachhaltig einschätzte, da die Komintern erkannt habe, welche Gefahren eine Faschisierung Europas für die UdSSR nach sich ziehen würden, begründete Bechyně seinen Optimismus, daß der Vormarsch des Faschismus seinen Scheitelpunkt bereits überschritten habe. Die politische Zukunft gehöre von nun an den demokratischen Kräften in Europa. Die außenpolitische Strategie der ČSD müsse deshalb darauf ausgerichtet sein, die unbedingte Bündnistreue zu Frankreich, der UdSSR und der Kleinen Entente fortzusetzen. Dies kann nur als Absage an alternative außenpolitische Kombinationen nach dem Beispiel des Hodža-Plans verstanden werden. Ansonsten gelte es für die tschechoslowakische Außenpolitik nach Bechyněs Ansicht, Ruhe zu bewahren und sich nicht von der faschistischen Auslandspropaganda beirren zu lassen, sondern auf die Stärke der Militärbündnisse zu vertrauen¹²⁷⁹. Diese Sichtweise wurde auch in die Parteitagsresolution aufgenommen, die den Regierungskurs unterstützte, die bestehenden Bündnisse als ausreichend bezeichnete und vor einer Änderung der außenpolitischen Orientierung aus einer unterschiedlichen innenpolitischen Interessenlage heraus warnte¹²⁸⁰.

Damit verschlossen sich die tschechischen Sozialdemokraten vor der Einsicht, daß die politische Abkoppelung Frankreichs von der ČSR bereits Mitte der zwanziger Jahre mit den Korrekturen an der europäischen Mächtekonstellation begonnen hatte. Nach der Regelung der Reparationsfrage im Dawes-Plan (1924) und der deutsch-französischen Annäherung nach dem Locarno-Abkommen (1925) hatte sich Frankreich partiell aus seiner aktiven Mitteleuropapolitik zurückgezogen, und die ČSR verlor somit für die französische Politik erheblich an Bedeutung¹²⁸¹. Zwar blieb die Perspektive eines Ost-Locarno, das die territoriale Integrität Mitteleuropas durch die Großmächte geschützt und auch die Stellung Frankreichs gestärkt hätte, bis in die

¹²⁷⁷ K.H. Schlarp: Ziele und Mittel der französischen Ostpolitik am Beispiel Serbien-Jugoslawiens 1903-1931, in: Frankreich und die böhmischen Länder (1990), 165-95, S. 189.

¹²⁷⁸ Vgl. W. Jaksch: Frankreich und Europa, in: Der Kampf 3 (1936), S. 271-73.

¹²⁷⁹ Vgl. Protokol XVIII. sjezdu ČSD (1937), S. 46 f.

¹²⁸⁰ Vgl. ebd., S. 159 f.

¹²⁸¹ Vgl. hierzu ausführlich Wurm (1979), a.a.O.

dreißiger Jahre auf der Agenda der französischen Diplomatie¹²⁸², doch konnten aufgrund instabiler innenpolitischer Verhältnisse sowie wirtschaftlicher und militärischer Schwächen keine langfristigen Konzeptionen mehr durchgesetzt werden. Spätestens mit dem Einsetzen der Weltwirtschaftskrise war die auf Hegemonie ausgerichtete kontinentale Sicherheitspolitik Frankreichs an ihre Grenzen gestoßen und mußte ihr Schwergewicht mittelfristig auf das Bündnis mit England und den Ausgleich mit Deutschland legen¹²⁸³. Seit Beginn der dreißiger Jahre entwickelte die französische Diplomatie gegenüber Deutschland eine grundsätzlich defensive Strategie, und noch 1938 glaubte Daladier, mit Hitler einen *Modus vivendi* finden zu können. Der militärischen Aufrüstung Deutschlands und den beginnenden Expansionsbestrebungen Hitlers begegnete Frankreich zu zögerlich. Durch die Einbeziehung des sowjetischen Faktors in die bröckelnde Einkreisungstaktik 1934/35 kam zwar vordergründig wieder Dynamik in die französische Strategie, doch dieser Schritt war nicht fundamental begründet, denn der militärische Stellenwert der UdSSR wurde in Paris nach Barthous Ermordung im Oktober 1934 als gering eingeschätzt und sollte wegen der ungeklärten Verhältnisse zu den Bündnispartnern Polen und Rumänien nicht mobilisiert werden¹²⁸⁴. Nach der passiven Akzeptierung der Rheinlandbesetzung wurden große Widersprüche in der französischen Außenpolitik deutlich: Die französische Diplomatie verhandelte zur Erhaltung der längst verlorenen Hegemonialstellung auf dem Kontinent nach allen Seiten, ohne aber große Initiativen zu entwickeln. Dabei wurde es versäumt, sich mit den Bündnispartnern ausreichend zu koordinieren. Die applizierte Militärdoktrin war sowohl unbeweglich als auch unrealistisch, da sie sich in zu starker Abhängigkeit von britischer und sowjetischer Unterstützung bewegte. Demgegenüber setzte das militärische *Establishment* ausschließlich auf die unmittelbare Landesverteidigung. Die öffentliche Meinung in Frankreich war indifferent und überwiegend pazifistisch ausgerichtet, denn nicht Deutschland und sein po-

¹²⁸² Dazu gehörten der Briand-Plan einer europäischen Föderation von 1929/30, der Tardieu-Plan für ein Zollpräferenzsystem 1932, die Abwehr des von Großbritannien unterstützten Vorschlags Mussolinis zum Vierer-Pakt von 1933 und vor allem die im Frühjahr 1934 von Außenminister Barthou verfolgte Revitalisierung des französischen Allianzsystems und die Heranziehung Italiens und der UdSSR mit dem Ziel der außenpolitischen Isolierung Deutschlands. Seine Politik wechselseitiger Garantien sollte die Grenzen in Mitteleuropa festschreiben. Er scheiterte dabei an der deutschen und polnischen Ablehnung sowie an der fehlenden Unterstützung durch Großbritannien.

¹²⁸³ Einige Autoren sehen die eigentliche Niederlage der französischen Außenpolitik bereits in den Ereignissen von 1924 begründet, denn nach der Aufhebung der Rheinland-Besetzung und der Annahme des Dawes-Planes war Frankreich politisch nicht mehr in der Lage, einseitig territoriale Sanktionen zu erheben, und die aufgezwungene Willfährigkeit Deutschlands war an ihr Ende gelangt. Dies bedeutete schon zu diesem frühen Zeitpunkt einen Sieg für das britische Konzept der europäischen Stabilisierung. Vgl. dazu S.A. Schuker: *The End of French Predominance in Europe. The Financial Crisis of 1924 and the Adoption of the Dawes Plan*, Chapel Hill 1976, S. 179 f. und 343 f.

¹²⁸⁴ Wie die Untersuchung Mühles gezeigt hat, hing der immense diplomatisch-machtpolitische Positionsverlust der französischen Politik gegenüber Deutschland zwischen 1933 und 1935 nicht nur mit den wirtschaftlichen Folgen der Weltwirtschaftskrise und der politisch-moralischen Bewußtseinskrise der Gesellschaft zusammen, sondern ist in erster Linie auf die in bezug auf Taktiken, Konzepte und Strategien uneinheitliche Außenpolitik unter drei verschiedenen Außenministern zurückzuführen. Unter Edouard Daladier zeigte sich Frankreich 1933 in seiner Deutschlandpolitik ambivalent, unter Louis Barthou Politik der Stärke konnte es 1934 kurzzeitig die Initiative zurückgewinnen, und mit Pierre Laval's Entspannungspolitik begann 1935 der Weg ins 'Apaisement'. Der Autor gelangt daher zu der Ansicht: "Hitlers revisionistischer Kurs war durch eine Summe von Fehlwahrnehmungen und daraus resultierender Fehlentscheidungen der französischen Außenpolitik geradezu mit erleichtert worden." R.W. Mühle: *Frankreich und Hitler. Die französische Deutschland- und Außenpolitik 1933-1935*, Paderborn usw. 1995, S. 366.

litisches System wurden als Feinde betrachtet, sondern vor allem ein möglicher Krieg gegen dieses. Am unterschiedlichen Engagement der politischen Öffentlichkeit gegenüber dem Spanischen Bürgerkrieg läßt sich ablesen, daß in Frankreich eine ausgeprägte Akzeptanz der Existenz eines tschechoslowakischen Staates und eine Bereitschaft zu dessen Verteidigung offensichtlich fehlte. Aufgrund innerer Schwierigkeiten (Verteilungskämpfe, unsichere Parlamentsmehrheiten, Haushaltsprobleme) war Frankreich seit Ende 1937 nicht mehr in der Lage, einen harten Kurs gegen Hitler einzuschlagen und mußte sich schließlich der *appeasement*-Politik Großbritanniens beugen. Die französische Haltung zum Münchener Abkommen wurde somit durch innenpolitische Fragen dominiert, die die außenpolitischen Möglichkeiten lenkten¹²⁸⁵.

Ein weiterer Kontrahent französischer Außenpolitik war Italien. Da Italien nach 1918 im Mittelmeer- und Donauraum einen eindeutigen Gestaltungsanspruch erhob und dort außenpolitische Prestigegewinne zu erzielen suchte, wurden aus den ehemaligen Kriegsverbündeten Rivalen. In der gesamten Zwischenkriegszeit richtete sich die italienische Politik darauf, eine Zusammenarbeit im Donauraum, besonders zwischen der ČSR und Jugoslawien, mit dem Grenzkonflikte bestanden und das als reales Hindernis auf dem Weg eines zu errichtenden italienischen Einflußbereichs gesehen werden mußte, zu verhindern und deren innere Stabilisierung zu untergraben. In der Geschichtsforschung wird diese Haltung neben den machtpolitischen Implikationen mit einer traditionellen Slawenfeindlichkeit in der italienischen Politik begründet¹²⁸⁶. Demgegenüber bevorzugte Rom enge Beziehungen zum revisionistischen Ungarn, als dessen Schutzmacht es sich verstand¹²⁸⁷, sowie zu Österreich, an dessen Staatlichkeit es als Puffer zu Deutschland ein vitales Interesse hatte, das sich gleichzeitig aber auch als Hebel für seine Aspirationen im Donauraum gegenüber Deutschland und Frankreich instrumentalisieren ließ. Aus diesen Gründen wird insbesondere in der tschechoslowakischen Forschung der Politik Italiens eine große Bedeutung bei der Destabilisierung der außenpolitischen Stellung der ČSR in den dreißiger Jahren zugeschrieben¹²⁸⁸. Schon 1928/29 begann Italien eine "systematische Einkreisungspolitik"¹²⁸⁹ der ČSR, die ihren Höhepunkt in den Römischen Protokollen vom März 1934 fand, mit denen sich Italien neben der wirtschaftlichen Kooperationsvereinbarung ein Mitspracherecht in der österreichischen und ungarischen Außenpolitik sicherte und die Polarisierung im Donauraum vorantrieb. Nach der Machtergreifung Hitlers scheiterten alle tschechoslowakischen Vorstöße der *Status quo*-Sicherung nicht zuletzt an der ablehnenden Haltung Mussolinis und trugen somit zur politischen Isolation der ČSR in Mitteleuropa bei. Demgegenüber verfolgte der *Duce* mit seinem Plan eines Vier-Mächte-Pakts vom März 1933 eine Strategie, den Großmächten die Entscheidungsbefugnis über die europäische Entwicklung zu übertragen und den Völkerbund und die mitteleuropäischen Klein- und Mittelstaaten davon auszuschließen. Auch für

¹²⁸⁵ Zu diesen Schlußfolgerungen kommt die historische Fallstudie von Y. Lacaze: *France and Munich. A Study of Decision Making in International Affairs*, New York 1995, vgl. besonders S. 365.

¹²⁸⁶ Vgl. F. Leoncini: *Italien und die Tschechoslowakei*, in: *Gleichgewicht* (1976), a.a.O., 337-53, S. 338 f.

¹²⁸⁷ Der italienisch-ungarische Freundschaftsvertrag vom April 1927 bildete das erste wichtige Ergebnis dieser Politik im Donauraum.

¹²⁸⁸ Vgl. dazu A. Gajanová: *ČSR a středoevropská politika velmocí (1918-1938)*, Praha 1967, S. 208 ff.

¹²⁸⁹ Leoncini (1976), a.a.O. S. 351.

Frankreich wurde Rom zu einem wichtigen Vermittlungsfaktor gegenüber dem Deutschen Reich, so daß Italien damit indirekt den Bedeutungsverlust der ČSR für die französische Diplomatie beschleunigte. Da die außenpolitische Strategie der ČSD nur auf die Bewahrung des *status quo* ausgerichtet war, spielte eine mögliche Einbeziehung Italiens zur Absicherung der ČSR, wie sie Hodža 1935/36 anstrebte, für die Partei keine Rolle. Während Jaksch und Franzel eine solche Variante zumindest mit inhaltlichen Argumenten ablehnten, beschränkte sich die Analyse der italienischen Verhältnisse in den theoretischen Organen der ČSD weitgehend auf deren innenpolitische Entwicklung im Rahmen der allgemeinen Faschismuskussion.

Großbritannien setzte nach dem Ersten Weltkrieg seinen Weltmachtanspruch fort, ohne jedoch über die dazu erforderliche Ressourcenbasis zu verfügen. Sein außenpolitisches Hauptinteresse bestand dabei in einem europäischen Wirtschaftsfrieden mittels Weiterführung der auf ein Kräftegleichgewicht in Europa ausgerichteten *Pax britannica*-Politik des 19. Jahrhunderts. Hierdurch sollte eine Ausweitung des wirtschaftlichen Engagements des Vereinigten Königreichs auf dem Kontinent ermöglicht werden. Dieses Anliegen faßte das *Foreign Office* 1918 in dem Leitsatz "What we want is peace and order with open facilities for trade"¹²⁹⁰ zusammen. Dabei verstand es Großbritannien als selbstverständlich, daß es die verlorengegangenen deutschen Schlüsselpositionen in Ostmittel- und Südosteuropa übernehmen würde. Zur Erreichung solch eines Wirtschaftsfriedens mußten die französischen Hegemonialbestrebungen eingedämmt und deren politische Spannungen mit Deutschland und Italien abgebaut werden, um einem Rückfall in eine europäische Blockbildung wie vor dem Ersten Weltkrieg entgegenzuwirken. Gleichzeitig wurde die Wiederherstellung Deutschlands als wirtschaftliche Großmacht nicht als Hindernis gesehen, solange es seine Mitteleuropa-Aspirationen fallen ließ. Vor diesem Hintergrund unterstützte die britische Politik die Bestrebungen Stresemanns vom September 1925, ihre Grenzen zu den westlichen Nachbarstaaten zu garantieren. Diese Initiative fand ihre Realisierung im Locarno-Abkommen zwischen Deutschland, Frankreich und Belgien unter der Schutzgarantie von Großbritannien und Italien, mit dem Deutschland wieder zum außen- und machtpolitischen Akteur wurde. Weiterhin bemühte sich Großbritannien um einen englisch-französischen Sicherheitspakt und wirkte auf die Regelung der Reparationsfragen hin. Mit dieser Befriedungspolitik und der Neubewertung der Rolle Deutschlands nach der militärischen Niederlage gelangte Großbritannien immer wieder in außen- und wirtschaftspolitische Gegensätze zu Frankreich. Die britische Vorstellung von einer ausgedehnten finanziellen Unterstützung beim wirtschaftlichen Aufbau der Nachfolgestaaten, wie sie noch im Frühjahr 1919 im Keynes-Plan vorgestellt worden war und wie sie bei der Konsolidierung Österreichs Anwendung fand, wurde schnell aufgegeben, nachdem sich die USA nicht als Hauptgeldgeber beteiligten. Sobald die kurzfristigen Starthilfekredite der *Relief*-Programme ausgelaufen waren, wurden die Nachfolgestaaten auf die internationalen Finanzmärkte verwiesen. Auch das Interesse der englischen Privatwirtschaft an Direktinvestitionen verlangsamte sich zeitgleich mit dem Ende des ersten Nachkriegsbooms. Deshalb konstatiert *Recker*: "Den Anspruch, die Rolle Berlins als

¹²⁹⁰ Zit. nach W.D. Gruner: "British Interest" in der Zwischenkriegszeit. Aspekte britischer Europa-Politik 1918-1938, in: Gleichgewicht (1976), 85-151, S. 120.

Finanzier und Handelspartner dieser Länder zu übernehmen, konnte London jedenfalls nicht erfüllen."¹²⁹¹ Langfristig setzte sich in London die Ansicht durch, die Nachfolgestaaten müßten ihre wirtschaftliche und soziale Konsolidierung aus eigener Kraft und in engerer Zusammenarbeit miteinander schaffen. Dabei sollte lediglich vermieden werden, daß sich die Nachfolgestaaten zu sehr an eine Großmacht banden, sei es Deutschland oder auch Frankreich¹²⁹².

Mit der Machtergreifung Hitlers und dessen revisionistischem Kurs und bestärkt durch den Einmarsch Japans in die Mandschurei 1931 und den Beginn des Abessinienkonflikts 1935 sowie vor dem Hintergrund der latenten Konfliktsituation mit dem überlegenen amerikanischen Wirtschaftspotential und der revolutionären sowjetischen Ideologie änderte sich die britische Außenpolitik grundlegend. Das *Foreign Office* kam zu der Ansicht, daß ein System kollektiver Friedenssicherung nicht länger in der Lage war, die von Deutschland, Italien und Japan ausgehenden Gefährdungen zu handhaben. Grundsätzlich sollte die internationale Ordnung in ihrem Kern erhalten werden und durch ein *general settlement* gegenüber ihren Herausforderern funktionsfähig bleiben. Dies konnte jedoch nur gelingen, wenn die akuten Krisensituationen unterhalb der Kriegsschwelle gelöst wurden. Der unter dem Begriff *appeasement* zusammengefaßte Ansatz war darauf ausgerichtet, durch bilaterale Vereinbarungen bei Aufzeigung klarer Expansionsgrenzen den berechtigt erscheinenden deutschen Forderungen entgegenzukommen und Deutschland auf diese Weise wieder in ein Sicherheitssystem einzubinden und es zu einer saturierten und damit kontrollierbaren Macht zu machen. Außerdem problematisierte das *appeasement* die eigene Wirtschafts- und Militärkraft bei der Kriegsfrage sowie den politischen Rückhalt in der britischen Öffentlichkeit und definierte ein britisches Sicherheitsinteresse. Ein erneuter kontinentaler Krieg sollte demnach zwar nicht um jeden Preis verhindert, jedoch so lange wie möglich hinausgezögert und schließlich erst geführt werden, wenn britische Interessen unmittelbar bedroht seien¹²⁹³. Schon Ende 1937 war damit deutlich geworden, daß sich Großbritannien

¹²⁹¹ M.-L. Recker: England und der Donauraum 1918-1929. Probleme einer europäischen Nachkriegsordnung, Stuttgart 1976, S. 269.

¹²⁹² Vgl. zu den Positionen Großbritanniens ausführlich ebd.; und Gruner (1976), a.a.O.

¹²⁹³ Die *appeasement*-Politik gehört zu den meist analysierten und kontrovers diskutierten Kapiteln britischer Außenpolitik. Seit der Öffnung der betreffenden Archive in den sechziger Jahren ist die Beurteilung dieser Periode durch die internationale Historikergemeinde deutlich positiver geworden. Die meisten Autoren kommen in der Folgezeit zu dem Schluß, die britische Diplomatie habe aus der gegebenen Situation das Bestmögliche gemacht. Große Meinungsunterschiede gibt es weiterhin in der Erklärung der Gründe für das *appeasement*. Mit dem Erklärungsansatz 'nationales Interesse' argumentieren vor allem G. Niedhart: Friede als nationales Interesse: Großbritannien in der Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs, in: Neue Politische Literatur 17 (1972), S. 457-70; P.M. Kennedy: The Tradition of Appeasement in British Foreign Policy 1865-1939, in: British Journal of International Studies 2 (1976), S. 195-215; und Gruner (1976), a.a.O. Einen wirtschaftspolitischen Erklärungsansatz liefern B.J. Wendt: Economic Appeasement. Handel und Finanzen in der britischen Deutschland-Politik 1933-1939, Düsseldorf 1971; und neuerdings S. Newton: Profits of Peace. The Political Economy of Anglo-German Appeasement, Oxford 1996. Demnach war die britische Außenpolitik durch die Integration Deutschlands in ein liberal-kapitalistisches internationales Wirtschaftsgefüge bestrebt, internationale Spannungen zu reduzieren und die Folgen der Weltwirtschaftskrise für alle Beteiligten zu überwinden. Die Wurzeln des *appeasement* sehen in einer pragmatischen Fiskalpolitik, die für eine Aufrüstung keine weitere Staatsverschuldung akzeptieren wollte, G.C. Peden: British Rearmament and the Treasury, 1932-9, Edinburgh 1979; und B. Bond: British Military Policy between the Two World Wars, Oxford 1980. Als innenpolitisch bedingte Krisenstrategie interpretiert die *appeasement*-Politik Schmidt (1981). Dieser Autor argumentiert, daß der außenpolitische Handlungsspielraum Großbritanniens gegenüber Deutschland eingeschränkt war, da aufgrund der wirtschaftlichen Strukturkrise eine rechtzeitige Aufrüstung den gesellschaftlichen Konsens unterminiert und damit das politische System blockiert hätte. Mit der innerstaatlichen Opposition zur *appeasement*-Politik beschäftigen sich die Arbeiten von J.F. Nay-

faktisch mit der Möglichkeit einer partiellen Revision des Versailler Systems abgefunden hatte. Dies betraf die Stellung Danzigs als Freistaat, die Unabhängigkeit Österreichs und vor allem auch die Frage von Grenzkorrekturen zu Lasten der ČSR.

Der Begriff *appeasement* tauchte in der zeitgenössischen sozialdemokratischen Diskussion zwar noch nicht auf, dennoch zeigt sich, daß die mit dieser Politik verbundenen möglichen Konsequenzen und die außen- und sicherheitspolitischen Gefahren für die ČSR von einzelnen Persönlichkeiten durchaus gesehen und richtig beurteilt wurden. So kritisierte Josef Fischer im Sommer 1936 an der Außenpolitik der britischen Regierung, daß diese vier Fehler in sich trage und daher unmittelbare Gefahren heraufbeschwöre. Diese bestanden nach Ansicht des Autoren erstens darin, "daß sie faktisch den Völkerbund zerstört; zweitens daß sie überhaupt nichts tut, um die Kriegsursachen zu beseitigen, da sie sich offenbar auf die Unvermeidbarkeit eines Krieges eingestellt hat; drittens daß sie - da sie keine andere positive Taktik, einem unvermeidlichem Krieg zu begegnen, kennt als die Aufrüstung, und da sie in ihrer egoistischen Torheit mehr Angst vor dem Sozialismus als vor dem Faschismus hat - bereit ist, mit jedem mächtigen kapitalistischen Staat, wie immer sein Charakter sei, Freundschaft schließen [will]; und viertens daß sie jeder Krise mit keinem anderen Prinzip, mit keiner anderen Politik gegenübertritt als damit, die akute Gefahrenzeit zu überdauern und dann inaktiv auf die nächste Krise zu warten. Nur wenn direkte imperialistische Interessen mitverwickelt sind, zeigt sie Entschiedenheit, Konsequenz und Mut."¹²⁹⁴ Hieran zeigt sich, daß Fischer, der sich als einer der wenigen Analytiker der ČSD überhaupt mit dieser Problematik beschäftigte, aus einer prononciert tschechoslowakischen Perspektive argumentierte und für die Motive und Sichtweisen der Gegenseite kein Verständnis aufbrachte. Die weitgehende Reduzierung der außenpolitischen Motive auf imperiale Machtinteressen und eine antisozialistische Weltanschauung stellte auch für einen zeitgenössischen sozialdemokratischen Theoretiker eine allzu grobe Vereinfachung dar. Sie ist aber andererseits ein deutliches Beispiel für die politische und emotionale Distanz der politischen Öffentlichkeit in der ČSR gegenüber der von eigenen und französischen Vorstellungen abweichenden Konzeption Großbritanniens. Statt dessen forderte Fischer die britische Bevölkerung auf, eine Labour-Regierung zu wählen, die der imperialistischen außenpolitischen Tradition abschwört und dann

lor: Labour's International Policy: The Labour Party in the 1930s, London 1969; und N. Thompson: The Anti-Appeasers. Conservative Opposition to Appeasement in the 1930s, Oxford 1971. Eine gute Übersicht über die verschiedenen Forschungsschwerpunkte und -meinungen zu diesem Thema bietet der Sammelband von W.J. Mommsen/L. Kettenacker(Hrsg.): The Fascist Challenge and the policy of Appeasement, London usw. 1983. Seit dem Beginn der neunziger Jahre mehren sich wieder kritischere Beurteilungen der *appeasement*-Politik. G. Post: Dilemmas of Appeasement. British Deterrence and Defense, 1934-1937, Ithaca-London 1993 kommt zu der Ansicht, daß die Widersprüche und Verzögerungen in der britischen Abschreckungs- und Verteidigungspolitik vor allem auf einen hohen Grad an Unentschiedenheit der maßgebenden Politiker zurückzuführen sei, die bei faktischer Kriegsvorbereitung eine Friedensroutine angewandt hätten. R.A.C. Parker: Chamberlain and Appeasement. British Policy and the Coming of the Second World War, Basingstoke 1993 attestiert Chamberlain Fehleinschätzungen über die innere Stärke und Funktionsweise des Nazi-Regimes und über die Möglichkeiten eines Bündnisses der Westmächte mit der UdSSR resp. zwischen Hitler und Stalin. Auf diese Weise habe die britische Außenpolitik versäumt, rechtzeitig einen Versuch zur Eindämmung der deutschen Expansion zu unternehmen. Als eine mögliche Alternative sieht der Autor eine enge britisch-französische Kooperation und die Einbeziehung der UdSSR.

¹²⁹⁴ J. Fischer: Zur Weltlage des Sozialismus. Von Prag aus gesehen, in: Sozialistische Tribüne 1 (1935/36), 1-18, S. 18.

im Schulterschuß mit den sozialistischen Regierungen in Frankreich und in der UdSSR eine antifaschistische Friedenspolitik betreiben könne.

Im Gegensatz zur ČSD begegnete der revisionistische Flügel in der DSAP den Veränderungen in der britischen Außenpolitik weitaus positiver. Von hier war zwar keine Unterstützung für die eigenen Vorstellungen einer politischen Neuordnung des Kontinents zu erwarten. Wie Jakschs zahlreiche Reisen nach London veranschaulichen, bestand aber die Hoffnung, Gehör und Einflußnahme für eine Neuregelung der Minderheitenfrage zu erhalten. Aus diesem Grund hob Emil Franzel Anfang 1936 hervor, daß Großbritannien, das einer partiellen Revision der Friedensverträge doch bereits seit 1919 wohlwollend gegenüberstand, sich im Verlauf des Abessinienkonflikts "der Notwendigkeit einer allgemeinen und dauerhaften Lösung des Revisionsproblems" bewußt geworden sei. "Ebendadurch unterscheidet sie sich von der unfruchtbaren, dabei ängstlichen und kurzsichtigen Politik des Quai d'Orsay, wo man die europäische Pest mit kleinlichen Palliativmitteln bekämpfen will und einerseits theoretisch jeder Revision des Status von Versailles widerstrebt, andererseits vor jedem Auftrumpfen der faschistischen Großmächte kapituliert ... Der Fortschritt liegt darin, daß England inzwischen erkannt hat, daß Mussolini und Hitler gegenüber die kleinen Zugeständnisse zwecklos sind, daß die Dynamik des faschistischen Systems trotzdem zum Kriege drängt, daß also die 'kleine Revision', die vorbeugende Revision, nur dann einen Sinn hat, wenn sie mit einem Systemwechsel in den faschistischen Ländern verbunden ist. Den Kriegswillen des Faschismus zu brechen, die Diktatoren moralisch zu entwurzeln, sie vor der Welt und vor ihren eigenen Völkern zu diskreditieren, das ist das große Ziel der englischen Politik seit dem Sommer 1935."¹²⁹⁵ Allerdings wurde von Jaksch und Franzel aber auch immer wieder bemängelt, daß die britischen Initiativen zur Revision nach ihren Vorstellungen insgesamt zu gering und nicht weitgehend genug waren. Dies basiere nicht zuletzt darauf, daß es ein zu geringes Interesse und fehlende Kenntnisse an der speziellen Situation in der ČSR gebe.

In der Tat gab es zwischen der ČSR und Großbritannien nur wenig direkte politische Kontakte, da sich das britische außen- und sicherheitspolitische Interesse eher auf die Balkanstaaten richtete. Die britische Diplomatie zeigte sich nach der tschechoslowakischen Staatsgründung besorgt wegen deren multinationaler Bevölkerungsstruktur, die für sie an die Verhältnisse im österreich-ungarischen Vorgängerstaat erinnerte. Die Nationalitätenpolitik der ČSR wurde deshalb in den zwanziger Jahren aufmerksam und kritisch verfolgt. Insgesamt wurde das tschechisch-deutsche Verhältnis jedoch optimistisch betrachtet. Da die deutsche Minderheit keine äußere Unterstützung erhalten hatte, gab sie ihre feindselige Haltung gegenüber dem neuen Staat auf und beteiligte sich im Verlauf der zwanziger Jahre an dessen Ausgestaltung¹²⁹⁶. Diese Sichtweise änderte sich seit dem Beginn der dreißiger Jahre grundlegend, denn die sozialen Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise hätten den tschechisch-deutschen Konflikt wieder ent-

¹²⁹⁵ E. Franzel: Vor dem Engpaß. Die Gefahrenzone der anglo-europäischen Politik, in: Der Kampf 3 (1936), 62-69, S. 64 f.

¹²⁹⁶ Vgl. H. Hanak: British Views of the Czechoslovaks from 1914 to 1924, in: Großbritannien (1991), a.a.O., 87-105, S. 98.

facht, in Anbetracht der expansionistischen Bestrebungen Deutschlands sei dieser auch nicht zu lösen und die ČSR somit als Staat langfristig nicht überlebensfähig. Ab 1936 wurde die tschechische Politik für Europa zunehmend als friedensgefährdend betrachtet, da sie Hitler die Argumente zum Angriff liefere. Bis 1938 gipfelten diese Einschätzungen in der These, die ČSR verteidige einen international und innerstaatlich unangemessenen *Status quo* und sei damit ein Hindernis auf dem Weg zur Einigung mit Deutschland. Die Ansichten des *Foreign Office* in der Sudetenfrage wurden dabei nachhaltig geprägt durch die vorurteilsbeladenen Berichte des britischen Gesandten in Prag, Sir Joseph Addison (1930-1936), der für die britische Regierung ein düsteres Bild über die Zukunft des Nationalitätenkonflikts zeichnete und bereits im November 1933 Grenzkorrekturen zugunsten des Deutschen Reichs empfahl. Seit August 1934 vertrat Addison die Ansicht, daß die Henleinbewegung keine vom Reich gesteuerte Nazi-Partei sei, sondern eine natürliche Reaktion auf die Benachteiligung durch die Tschechen. Bis Mitte 1935 waren die maßgeblichen Stimmen im Außenministerium davon überzeugt, daß man die SdP als Repräsentantin der deutschsprachigen Minderheit akzeptieren müsse und nicht die aktivistischen Parteien¹²⁹⁷.

Obwohl das *Foreign Office* 1936 noch versuchte, einer Internationalisierung der Sudetenfrage entgegenzuwirken, geschah genau das Gegenteil, indem sich im Sommer 1936 verschiedene Diplomaten mit Henlein trafen und ihm britische Sympathie bekundeten. Die SdP hatte sich nach dem Wahlsieg von 1935 mit dem Ziel, Außenwirkung für ihre politischen Forderungen zu erreichen und die Sudetenfrage auf die internationale Agenda zu setzen¹²⁹⁸, verstärkt an britische Persönlichkeiten gewandt. Gegenüber seinen Gesprächspartnern in Prag und bei seinen verschiedenen Besuchen in London¹²⁹⁹ unterstrich Henlein die Eigenständigkeit der deutschsprachigen Minderheit von Hitler, bekundete seinen Willen, zu einer friedlichen Lösung der Sudetenfrage im Rahmen der ČSR zu gelangen, und zeigte sich erfolgreich bei der Instrumentalisierung seines Antibolschewismus. Diesem außenpolitischen Engagement Henleins wird schließlich ein nachhaltiger Einfluß auf die Änderung der britischen Politik im Juli 1936 zugeschrieben¹³⁰⁰. Jetzt versuchte sie, die ČSR über diplomatische Druckausübung und mittels Unterstützung der SdP im Rahmen der umfassenden *appeasement*-Konzeption zur einvernehmlichen Lösung der Sudetenfrage zu bewegen. Dabei lag bzgl. der politischen Ziele dieser Bewegung eine eindeutige Fehleinschätzung vor¹³⁰¹. Im Sommer erklärte sich die britische Regierung bereit, eine Beschwerde der SdP gegen die tschechoslowakische Regierung beim Völkerbund zu

¹²⁹⁷ Zu diesem Urteil kommt die Studie von M. Cornwall: *A Fluctuating Barometer: British Diplomatic Views of the Czech-German Relationship in Czechoslovakia*, in: Großbritannien (1991), 313-33, besonders S. 322 ff.

¹²⁹⁸ Henlein erklärte am 1.9.1935 vor 70.000 Zuhörern in Haida: "Wir sind durch unseren Kampf eine *europäische* Angelegenheit geworden." Zit. nach A. Luh: Großbritannien, die Sudetendeutsche Partei und das Dritte Reich, in: Großbritannien (1991), 353-76, S. 363 (Hervorhebung dort).

¹²⁹⁹ Henlein bereiste London insgesamt viermal: im Dezember 1935, Juli 1936, Oktober 1937 und Mai 1938. Der wichtigste Verbindungsmann Henleins zum außenpolitischen Establishment in Großbritannien war seit dem Sommer 1935 der Group-Captain Graham Christie. Er bereitete die Londonreisen Henleins vor und trug dazu bei, daß dieser zunehmend bedeutendere Gesprächspartner bekam.

¹³⁰⁰ Vgl. K.G. Robbins: Konrad Henlein, the Sudeten Question and British Foreign Policy, in: *The Historical Journal* 12 (1969), 674-97, S. 684.

¹³⁰¹ Aus britischen Quellen geht hervor, daß Henlein noch im August/September 1938 als politisch moderat eingeschätzt wurde. Vgl. Luh: Großbritannien (1991), a.a.O., S. 376.

unterstützen¹³⁰². Indem der Unterstaatssekretär im *Foreign Office*, Vansittart, bei seinem Berlin-Besuch im August 1936 mit dem Auswärtigen Amt das Sudetenproblem besprach, zeichnete sich für Hitler von nun an neben der militärischen Option auch eine 'friedliche' Lösung dieser Frage ab, in der Großbritannien quasi eine internationale Legitimationsrolle für die Annexion der sudetendeutschen Gebiete einnehmen sollte¹³⁰³. Ab Januar 1937 suchte die britische Diplomatie, auch Frankreich in seine Strategie der außenpolitischen Einflußnahme in die zunehmend nicht mehr als innerstaatliche Angelegenheit gewertete Sudetenfrage zu involvieren, und seit dem Frühjahr 1938 mehrte sich schließlich der unmittelbare außenpolitische Druck auf die ČSR. Hatte dieser mit der Runciman-Mission vom August 1938 noch den Charakter einer vom Foreign Office initiierten Vermittlungsaktion, suchte die britische Regierung jedoch nach deren Scheitern den Weg eines direkten Eingreifens im Kontakt mit Hitler, der seine Vollendung schließlich im Münchener Abkommen fand.

Da mit Großbritannien keine außenpolitischen Bündnisse bestanden, wurde die Wandlung der britischen Diplomatie und deren Auswirkungen auf die tschechoslowakische Sicherheitslage in den theoretischen Organen der ČSD lange Zeit nicht behandelt. Dieser Zustand änderte sich erst ab Anfang 1937. In der jetzt einsetzenden Diskussion läßt sich zugleich das größte Ausmaß an Fehleinschätzungen der tschechischen Sozialdemokraten feststellen. Denn es ist evident, daß hierin nicht außenpolitische Analyse, sondern frommer Wunsch Vater des Gedankens war. Während sich in der tschechischen politischen Öffentlichkeit schon ab Mitte der dreißiger Jahre offensichtliche Zweifel mehrten, daß sich die ČSR im Kriegsfall auf britische Unterstützung verlassen könnte, wurde in der ČSD von einem überwiegend moralisierenden Standpunkt aus die These vertreten, Großbritannien stehe fest an der Seite der tschechoslowakischen Demokratie. Diese Annahme wurde zum einen damit begründet, daß die ČSR und die Demokratie in den Augen der Briten zwei Synonyme seien. Zum anderen habe der Spanische Bürgerkrieg in London das Bewußtsein für eine aktivere Verteidigung der Demokratie in Europa geweckt und werde bewirken, daß Großbritannien seine isolationistische Position verlassen und sich den Ländern anschließen werde, die die Politik des Völkerbundes bestimmen. Dies gelte umso mehr, wenn sich Deutschland anschickt, seinen Einfluß im Donaauraum auszubauen und damit den *Status quo* zu gefährden. "Die Perspektiven möglicher Kriege sind für England so schicksalsschwer, daß weitsichtige britische Staatsmänner nicht nur alles zu ihrer Abwendung, sondern auch alles zum Sieg der Seite unternehmen werden, die einer deutsch-japanischen Expansion die Stirn bieten." Aus diesem Grund können "die Weltdemokratien schon heute [im Februar 1937, C.S.] mit der positiven Hilfe der gesamten angelsächsischen Demokratien rechnen. Für uns ist die Konsequenz hieraus einfach: wir müssen lernen, England besser zu verstehen, und alte Vorur-

¹³⁰² Grundlage dieser Beschwerde war der sog. Machnik-Erlaß vom Frühjahr 1936, mit dem das Verteidigungsministerium die Vergabe von Aufträgen an deutsche Unternehmer von einer bestimmten Prozentzahl 'tschechoslowakischer' Arbeiter in den betreffenden Unternehmen abhängig machte. Um einer Verurteilung durch den Völkerbund zuvorkommen, wurde dieser Erlaß im Oktober 1936 aufgehoben. Vgl. Sudetendeutsche Beschwerde an den Völkerbund über den Einlaß des Ministeriums für nationale Verteidigung der Tschechoslowakischen Republik betreffend der Vergabe staatlicher Lieferungen, Karlsbad-Leipzig 1936.

¹³⁰³ Vgl. Smelser (1975), a.a.O., S. 148 ff.

teile gegenüber diesem Land abbauen."¹³⁰⁴ Noch im Mai 1938 unterschied eine sozialdemokratische Publizistin vor dem Hintergrund der Parteinahme der britischen Diplomatie zugunsten der SdP, daß die politische Öffentlichkeit in Großbritannien in zwei Gruppen gespalten sei. Eine von ihnen sei von der Henleinpropaganda beeinflusst und habe kein Verständnis für die politische Bedeutung der ČSR für Europa. Die zweite, die sich in der Mehrheit befinde, sei sich hingegen dieser Bedeutung und auch ihrer politischen Verantwortung bewußt. Die Autorin zeigte sich sicher, daß es dieser Gruppe nicht um drei Millionen Sudetendeutscher ginge, sondern um die Zukunft eines demokratischen Europas, so daß sie dem deutschen Expansionsdrang Einhalt gebieten werde¹³⁰⁵.

Diese optimistische, durch die reale Entwicklung in keiner Weise gerechtfertigte Ansicht teilte auch die ČSD-Führung. Bechyně schätzte die Haltung Großbritanniens in seinem Referat auf dem Parteitag im Mai 1937 so ein, daß London verstanden habe, daß zur Eingrenzung des Faschismus in Europa nunmehr jeder weitere Angriff mit einem Gegenangriff beantwortet werden müsse¹³⁰⁶. Und auch Minister Dérer vertrat die Meinung, daß die ČSR im Falle der Bedrohung ihrer nationalstaatlichen Integrität zumindest mit der moralischen Unterstützung Großbritanniens, der USA und aller demokratischen Staaten rechnen könne. Sie müsse aber auch selbst materiell und moralisch auf den Konflikt mit Deutschland vorbereitet sein. Materiell bedeutete für ihn durch eine funktionsfähige, schlagkräftige Armee, moralisch durch die staatliche und nationale Einheit der ČSR. Aus diesem Grund sprach sich Dérer - wie auch andere Redner - vehement gegen jegliche innen- und außenpolitischen Experimente aus¹³⁰⁷. Ebenso läßt sich aus den Protokollen der Vorstandssitzungen ab 1936 keine kritische Reflexion der britischen Außenpolitik durch die Parteiführung erkennen. Noch Ende März 1938 vertrat Bechyně die Ansicht, Frankreich und Großbritannien hätten ein vitales Interesse daran, daß der nächste europäische Krieg nicht wegen der sudetendeutschen Frage ausbricht¹³⁰⁸. Es läßt sich jedoch kein Hinweis entnehmen, daß bei dieser Aussage nur im entferntesten an eine Lösung nach dem Muster des Münchener Abkommens gedacht wurde. Im Gegenteil ging Bechyně noch bis Mitte September von der Annahme aus: "Unsere Armee ist ruhig und vorbereitet. Die Sicherheit der Republik ist beträchtlich, die Verteidigungsverträge sind fest."¹³⁰⁹ Auch Hampl erläuterte dem Parteivorstand im März 1938 die Notwendigkeit, die tschechoslowakische Außenpolitik auch weiterhin auf die Westmächte auszurichten. "England ist vorbereitet auch auf einen möglichen Konflikt. Henlein ist bei seinem letzten Besuch in London darauf hingewiesen worden. Wir haben die Aufgabe, Westeuropa von unseren guten Bemühungen um einen Ausgleich mit den deutschen Bürgern der Republik zu überzeugen."¹³¹⁰ Vor dem Hintergrund des wenige Wochen

¹³⁰⁴ Jar. Šimsa: Anglie pŕjde s námi, in: Čin 9 (1937), 39-40, S. 40; Vgl. auch V. Jankovec: Anglie a Evropa, in: Dělnická osvĕta 23 (1937), S. 81-86.

¹³⁰⁵ Vgl. L. Vokrová-Ambrosová: Anglie a Československo, in: Čin 10 (1938), S. 151-52.

¹³⁰⁶ Vgl. Protokol XVIII. sjezdu ČSD (1937), S. 46.

¹³⁰⁷ Vgl. ebd., S. 81 f.

¹³⁰⁸ Protokoll der Vorstandssitzung v. 30.3.1938. A ČSSD, fond 71, a.j. 19/2, l. 431-35.

¹³⁰⁹ Protokoll der Vorstandssitzung v. 18.9.1938. A ČSSD, fond 71, a.j. 19/2, l. 477-79.

¹³¹⁰ Protokoll der Vorstandssitzung v. 18.5.1938. A ČSSD, fond 71, a.j. 19/2, l. 460-64.

zuvor an gleicher Stelle abgelegten Berichts Ivan Dérers, wonach ihm der britische Abgeordnete Henderson in einem persönlichen Gespräch zu verstehen gegeben habe, daß die ČSR auch zugunsten Ungarns Grenzkorrekturen vornehmen solle und dies als unmittelbare Wirkung der reichsdeutschen Propaganda gewertet wurde¹³¹¹, muten diese Einschätzungen unverständlich an. Sie können nur damit erklärt werden, daß sich die ČSD-Führung mangels realer Alternativen, den Ausgang ihres nationalstaatlichen Schicksals sowohl durch außen- als auch durch innenpolitische Varianten positiv beeinflussen zu können, nunmehr ausschließlich auf die Hoffnung verließ, die Westmächte würden sie im Konfliktfall mit Deutschland eben nicht opfern. Erst Anfang September 1938 mehrten sich realistischere Stimmen, und der Abgeordnete Remeš äußerte die Befürchtung, daß sich die UdSSR wohl als besserer Partner erweisen werde als Großbritannien¹³¹². Bei der von London arrangierten Runciman-Mission machte die ČSD gute Miene zum bösen Spiel. Sie akzeptierte deren Beobachterstatus, sprach sich jedoch nachdrücklich gegen ihre Vermittlerrolle aus¹³¹³.

7.4 Das Problem handelspolitischer Integration in den außenpolitischen Strategien der Sozialdemokraten

Das Einsetzen der Weltwirtschaftskrise veranschaulichte den Ländern des Donau-Balkan-Raumes in schmerzlicher Weise die Bedeutung des Exports bei stagnierenden Binnenmärkten für ihre Volkswirtschaften. Die tschechischen Sozialdemokraten haben diesen Zusammenhang unmittelbar erkannt und deshalb die Exportförderung zu einem vorrangigen Ziel ihrer Politik erhoben. Sie brachten diese Absicht jedoch auf die simplifizierende Formel, daß es notwendig sei, mit möglichst vielen Nachbarstaaten Handelsverträge abzuschließen und durch staatliche Fördermaßnahmen die eigenen Produkte konkurrenzfähig zu machen, um so eine Belebung der eigenen Konjunktur zu erzielen¹³¹⁴. Dabei blieb in der ČSD jedoch völlig außer acht, daß zur Synchronisierung des freien Warenaustauschs auch ein Überdenken außenpolitischer Maßgaben und institutioneller Handelshindernisse sowie die Überwindung bestehender Feindbilder und die Beseitigung des dominierenden Einflusses innenpolitischer Wirtschaftslobbies erforderlich waren. Ebenso läßt sich in den politisch-programmatischen Überlegungen der ČSD nicht feststellen, daß bei der Forderung nach Handelsausweitung in Rechnung gestellt wurde, daß die meisten Länder der Region unterschiedliche Wirtschaftsstrukturen besaßen und demzufolge verschiedene Waren anboten und welche Rückwirkung eine Verbesserung der eigenen internationalen Wettbewerbsfähigkeit auf die wirtschaftliche Entwicklung bei den politischen Partnern haben mußte. Schließlich wurde nicht gesehen, daß es sich um eine internationale

¹³¹¹ Protokoll der Vorstandssitzung v. 27.4.1938. A ČSSD, fond 71, a.j. 19/2, l. 446-50.

¹³¹² Protokoll der Sitzung des Exekutivausschusses v. 6.9.1938. A ČSSD, f. 71, a.j. 6, l. 118-21.

¹³¹³ Stellungnahme Meissners. Ebd.

¹³¹⁴ Vgl. z.B. Šest let činnosti (1935), a.a.O., S. 5 f.

Strukturkrise handelte, die nicht zuletzt im Zerfall des österreich-ungarischen Wirtschaftsraums begründet lag und deren Beseitigung auch von der ČSR eine grundlegende Veränderung ihrer Wirtschaftspolitik erfordert hätte.

Bei der nationalstaatlichen Neuordnung Mitteleuropas in den Pariser Vorortverträgen hatten die für die Stabilität der Region entscheidenden wirtschaftlichen Überlegungen nur eine untergeordnete Rolle gespielt. Das Risiko der Auflösung traditioneller Märkte, arbeitsteiliger Produktionen und Handelswege wurde trotz der existentiellen Bedeutung für die neu entstandenen Nationalstaaten nur marginal bedacht¹³¹⁵. Ein Grund dafür ist darin zu sehen, "daß die nationalen Revolutionen in Ostmitteleuropa mehr eine Angelegenheit der politischen als der ökonomischen Eliten gewesen sind und daß diese Führungskräfte schon seit Jahrzehnten gewohnt waren, Wirtschaftsfragen stets nationalpolitischen Erwägungen unterzuordnen"¹³¹⁶. Wie die Untersuchungen von *Berend/Ránki* ergeben haben, boten sich den Nachfolgestaaten nach 1918 durchaus Möglichkeiten zu wirtschaftlicher Neustrukturierung und Integration. Welche konkreten Möglichkeiten sie dabei auf lange Sicht realisieren konnten, resultierte nicht allein aus dem Auseinanderbrechen des Gleichgewichts der bis dahin bestehenden Wirtschaftssysteme oder aus dem ererbten Wirtschaftspotential, sondern zum guten Teil aus der nach den Staatsgründungen eingeschlagenen wirtschaftspolitischen Strategien. Daß sie bei der Beseitigung des bestehenden Ungleichgewichts nicht erfolgreich waren, sondern sich die wirtschaftliche Lage der Sukzessionsstaaten verschlechterte, führen die Autoren auf deren Entscheidung zu Protektionismus und Autarkie zurück¹³¹⁷.

Eine in ihren Auswirkungen nicht zu unterschätzende Voraussetzung für die Festlegung auf die zukünftige wirtschaftspolitische Strategie der ČSR resultierte aus der vormaligen Abhängigkeit von ausländischen und nicht-tschechischen politischen und wirtschaftlichen Machtfaktoren. Das im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts dynamisch aufstrebende tschechische Bürgertum war nach Erreichung der Eigenstaatlichkeit nicht länger gewillt, andersnationale Konkurrenten im eigenen Land in dem Ausmaß zu dulden, wie es dies vor dem Ersten Weltkrieg zu tun gezwungen war. Als das vorrangige Hindernis zum Aufbau einer eigenständigen Volkswirtschaft wurde von den tschechischen politischen Eliten deshalb der verhältnismäßig große Besitzstand der Produktionsmittel in den Händen der deutschen und ungarischen Minderheiten gesehen.

¹³¹⁵ Vgl. hierzu die eindrucksvolle Warnung des Zeitgenossen John Maynard Keynes: "Die Zukunft Europas interessierte dort [in Versailles, C.S.] nicht; Um seinen Lebensunterhalt machte man sich keine Sorgen. Alle Gedanken, gute wie schlechte, waren auf Grenzen und Völker, auf das Gleichgewicht der Macht, auf die Ausdehnung der Reiche, auf die künftige Schwächung eines starken und gefährlichen Feindes, auf Rache und Abwälzung unerträglicher Finanzlasten von den Schultern der Sieger auf die der Besiegten gerichtet." J. M. Keynes: Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages, München-Leipzig 1920, S. 42. "Der Friedensvertrag enthält keine Bestimmungen zur wirtschaftlichen Wiederherstellung Europas, nichts, um die geschlagenen Mittelmächte wieder zu guten Nachbarn zu machen, nichts, um die neuen Staaten Europas zu festigen, nichts, um Rußland zu retten. Auch fördert er in keiner Weise die wirtschaftliche Interessengemeinschaft unter den Verbündeten selbst. Über die Ordnung der zerrütteten Finanzen Frankreichs und Italiens oder den Ausgleich zwischen den Systemen der alten und der neuen Welt konnte man sich in Paris nicht verständigen." Ebd., S. 184 f.

¹³¹⁶ Jaworski (1993), a.a.O., S. 58.

¹³¹⁷ Vgl. I. Berend/G. Ránki: Die wirtschaftlichen Probleme des Donaubeckens nach dem Zerfall der österreich-ungarischen Monarchie, in: R.G. Plaschka/K. Mack (Hrsg.): Die Auflösung des Habsburger Reiches. Zusammenbruch und Neuorientierung im Donauraum, München-Wien 1970, S. 350-65; sowie weitere Studien der beiden Autoren.

Diese hatten nach der Republikgründung durch ihre Verweigerungshaltung gegenüber dem jungen Staat zudem jegliches Vertrauen der tschechoslowakischen Politiker verloren und mußten aufgrund ihrer irredentistischen Handlungen als ein nationalpolitisch unberechenbarer Faktor kalkuliert werden. Auf einer vergleichbaren Ebene wurde der immense wirtschaftliche Einfluß des Wiener Bankkapitals sowie der nunmehr multinationalen Konzerne mit Hauptsitz in Wien und Budapest betrachtet. Solange nicht abzusehen war, in welche politische Richtung sich die zur Verliererseite des Weltkriegs gehörenden Nachfolgestaaten Österreich und Ungarn entwickeln würden, sollte ihrem wirtschaftlichen Einfluß auf die ČSR politisch begegnet werden. Es muß somit gesehen werden, daß die drei wichtigsten wirtschaftspolitischen Maßnahmen aus dem Jahr 1919 - die Währungsreform, die Landreform und die Nostrifizierung - neben ihren rein ökonomischen und sozialpolitischen Aufgaben vor allem das Ziel verfolgten, den Einfluß dieses nationalpolitisch nicht verlässlichen Kapitals einzuschränken und auf diese Weise die staatliche Existenz der ČSR zu gewährleisten¹³¹⁸.

Die neuentstandene ČSR besaß zwar nur etwa ein Viertel der Bevölkerung sowie ein Fünftel der Gesamtfläche der alten Donaumonarchie, aber dennoch wurden auf diesem Gebiet vor 1918 mehr als zwei Drittel der österreich-ungarischen Industrieproduktion erwirtschaftet. Dabei übernahm der tschechoslowakische Staat auf seinem Territorium nicht nur den größten Teil der Produktionsmittel, sondern auch überwiegend die modernsten und produktivsten Industrieanlagen. Darunter waren 75% der Glas-, Schuh- und Eisenindustrie sowie der Baumwollspinnereien, 90% der Leinen- und Hanfwebereien sowie 90-100% der Zucker-, Malz- und Porzellanindustrie¹³¹⁹. Dieses Mißverhältnis zwischen starkem Industriepotential und kleinem Wirtschaftsraum mußte für die ČSR erhebliche ökonomische Folgen haben. Während die Industrieprodukte der böhmischen Länder und der Slowakei zuvor nahezu problemlos auf den Märkten der k.u.k. Monarchie abgesetzt werden konnten, entfielen mit dem Zusammenbruch Österreich-Ungarns diese inländischen Märkte für den tschechoslowakischen Nachfolgestaat. Die ČSR mußte sich von nun an ihren Platz mit einer spezifischen Produktpalette auf den internationalen Märkten sichern, was zur Folge hatte, daß sie extrem exportabhängig und damit krisenanfällig wurde. Insgesamt mußte die tschechoslowakische Volkswirtschaft zwischen 30 und 40% ihrer Gesamtproduktion außerhalb des eigenen Landes absetzen¹³²⁰. Gemessen am Bruttosozialpro-

¹³¹⁸ Um eine Sozialisierung zu umgehen, entschloß sich die Nationalversammlung für den Weg der Nationalisierung. Dazu verabschiedete sie am 12.12.1919 das 'Nostrifizierungsgesetz'. Hierin wurde bestimmt, daß alle Handels- und Industrieunternehmen auf dem Gebiet der ČSR, die im Besitz von Ausländern waren, im Land Hauptniederlassungen gründen und sich als tschechoslowakische Unternehmen in die Handelsregister eintragen lassen mußten. Somit wurden international produzierende Gesellschaften gezwungen, ihre tschechoslowakischen Tochterunternehmen vom Konzern loszutrennen und in autonome Gesellschaften umzuwandeln. Ein weiteres Gesetz bzgl. Aktiengesellschaften besagte, daß der Direktor sowie mindestens die Hälfte der Aufsichtsräte tschechoslowakische Staatsbürger mit Hauptwohnsitz in der ČSR sein mußten. In der Praxis blieb vielen Ausländern also nur die Möglichkeit des Verkaufs oder des Abschlusses von Partnerschaftsverträgen mit tschechoslowakischen Privatpersonen und Institutionen. Insgesamt wurden bis 1928 in mehreren Wellen 231 ausländische Unternehmen auf diese Weise 'nostrifiziert'. Das Aktienkapital dieser Gesellschaften betrug fast 2 Mrd. Kč, d.h. also mehr als ein Drittel des Kapitals aller tschechoslowakischen Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Vgl. hierzu ausführlich Lacina (1994), a.a.O.

¹³¹⁹ Vgl. Kosta (1975), a.a.O., S. 7.

¹³²⁰ Vgl. Teichova: Wirtschaftsgeschichte (1988), a.a.O., S. 23.

dukt nahm der Export von Gütern und Dienstleistungen für das Jahr 1929 24% ein¹³²¹. Der Anteil von Fertigwaren der verarbeitenden Industrie an der gesamten Warenausfuhr stieg bis Ende der zwanziger Jahre noch an. 1920 betrug er 65,6%, 1924 59,0% und 1929 71,3%¹³²². Im Jahr 1920 mußten 64% der Glas- und Keramikproduktion, 37% der gewonnenen Metalle, 35% der Lederproduktion, 32% der Chemie-, Gummi- und Textilerzeugnisse sowie etwa ein Viertel der Produkte aus der metallverarbeitenden Industrie außerhalb der Landesgrenzen abgesetzt werden¹³²³.

Während die österreich-ungarische Wirtschaftspolitik traditionell protektionistisch ausgerichtet war, sah sich die Regierung durch die veränderte Wettbewerbssituation nunmehr gezwungen, einen neuen wirtschaftspolitischen Kurs einzuschlagen. Nach der Aufkündigung der österreich-ungarischen Zollunion und den damit entstandenen neuen marktbestimmenden Faktoren konnte die tschechoslowakische Volkswirtschaft nur in einem europäischen Wirtschaftsraum mit liberalen Handelsvereinbarungen überleben. Die ČSR war reich an Industrieanlagen, jedoch vergleichsweise arm an natürlichen Rohstoffvorkommen, ohne die die industrielle Produktion nicht fortbestehen konnte. Somit war die tschechoslowakische Wirtschaft nicht nur exportabhängig, sondern auch auf die Einfuhr von Rohstoffen und Halbfertigwaren angewiesen. Diese machten mit einem Anteil von 45-49% den größten Teil des gesamten Importvolumens aus¹³²⁴. Hinzu kam, daß im binnenorientierten österreich-ungarischen Wirtschaftsraum im Sinne einer innerstaatlichen Arbeitsteilung eine Wirtschaftsstruktur entstanden war, die sich auf diesen Markt hin orientierte. Nach dem Zusammenbruch dieses gewachsenen Wirtschaftsraums lagen die traditionellen Märkte des neuen tschechoslowakischen Staates weniger im leistungsfähigen Westeuropa, sondern zum Großteil in den Nachfolgestaaten der k.u.k. Monarchie. Das hatte zur Folge, daß die tschechoslowakische Warenausfuhr von der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung in agrarisch ausgerichteten Ländern wie Ungarn, Rumänien oder Jugoslawien abhängig war¹³²⁵.

Den alliierten Initiativen der unmittelbaren Nachkriegszeit zu wirtschaftlicher und Handelsreintegration begegnete die ČSR mit Ablehnung, denn sie fürchtete hierin eine Bedrohung ihrer politischen und ökonomischen Souveränität. Um einer wirtschaftlichen Blockbildung entgegenzuwirken, bevorzugte sie in den zwanziger Jahren ein System bilateraler Handelsvereinbarungen. Auf diese Weise sollte im Sinne von Masaryks Konzeption des "Neuen Europas" langsam eine Zone der Handelsfreiheit entstehen¹³²⁶. Neben dem Schutz der heimischen Produktion vor ausländischer Konkurrenz und der Schaffung von geeigneten Rahmenbedingungen für den Absatz eigener Produkte auf den internationalen Märkten mußte die tschechoslowakische Handelspoli-

¹³²¹ Vgl. Pryor (1980), a.a.O., S. 212.

¹³²² Vgl. Kosta (1975), a.a.O., S. 14.

¹³²³ Vgl. J. Kosta: Die tschechoslowakische Wirtschaft im ersten Jahrzehnt nach der Staatsgründung, in: Das Jahr 1919 (1993), 63-91, S. 79.

¹³²⁴ Vgl. Kosta (1975), a.a.O., S. 14 f. In den ersten Jahren waren besonders die für die Textilindustrie benötigten Rohstoffe dominierend.

¹³²⁵ Vgl. Pryor (1980), a.a.O., S. 206 und 212.

¹³²⁶ Vgl. D. Jančík: Hospodářské desintegrace střední Evropy a snahy Československa o její překonání (1918-1938), in: MD 2 (1994), 143-61, S. 150.

tik aber auch deren außen- und sicherheitspolitische Implikationen berücksichtigen. Nachdem die ČSR in den Pariser Vorortverträgen keine Einschränkungen für ihren Außenhandel erfahren hatte, mußten Import- und Exportströme derart beeinflußt werden, daß sie die sicherheitspolitischen Allianzen des Staates unterstützen. Nach dem Ersten Weltkrieg läßt sich eine grundlegende geographische Umorientierung des Außenhandels in Richtung Westen erkennen. Hierfür ist nach verbreiteter Meinung weniger der protektionistische Kurs der Nachfolgestaaten verantwortlich zu machen, als vielmehr außenpolitische Überlegungen der Prager Regierung. So konnte die ČSR im Jahr 1924 bereits wieder 80% ihres Vorkriegsabsatzes in West- und Nord-europa erreichen, realisierte aber gleichzeitig nur 30-40% ihres Handelsvolumens aus der Vorkriegszeit auf ihren traditionellen Märkten in Ostmitteleuropa¹³²⁷. Mit Abstand wichtigster Handelspartner in dieser Gruppe blieb die Republik Österreich. Bis zum Beginn der Weltwirtschaftskrise nahm der Handel mit den Nachfolgestaaten - vor allem auf der Exportseite - noch einmal beträchtlich ab. Obwohl verlässliche Zahlen für die Zwischenkriegszeit fehlen, läßt sich feststellen, daß das politisch ungeliebte Deutschland für die gesamte Zwischenkriegszeit zum wichtigsten Handelspartner der ČSR wurde.

Die regionale Verteilung des tschechoslowakischen Außenhandels (in %)¹³²⁸:

<u>Kontinent:</u>	1924		1929		1937	
	<u>Impo</u>	<u>Export:</u>	<u>Import:</u>	<u>Export:</u>	<u>Import:</u>	<u>Export:</u>
Europa	90,5	85,0	84,2	69,1	74,1	
Deutschland	19,5	25,0	19,4	15,5	13,7	
Nachfolgest.	40,5	23,2	35,1	16,7	29,9	
Großbrit./Frz	11,0	7,9	8,5	11,6	12,5	
Asien	2,9	4,0	3,9	9,1	7,0	
Afrika	1,0	1,9	1,8	4,9	3,9	
Amerika	5,5	8,5	9,9	15,3	14,3	
Australien/ Ozeanien	0,1	0,6	0,2	1,6	0,7	

Trotz anfänglicher Schwierigkeiten konnte die ČSR die verschiedenen europäischen Handelskrisen der Nachkriegszeit erst einmal erstaunlich gut überstehen. Nachdem sich die industrielle Produktion von den Kriegsnachwirkungen erholt hatte, blieb die Handelsbilanz ab 1920 bis zum Beginn der Weltwirtschaftskrise stets aktiv. Gemessen am Bruttosozialprodukt erzielte die ČSR über die zwanziger Jahre hinweg sogar den größten Exportüberschuß in Europa. Hierbei waren es vor allem industriell hergestellte Konsumgüter, die gut auf den ausländischen Märkten abgesetzt werden konnten. Die Ausfuhren stiegen in diesem Sektor zwischen 1921-23 und 1928-29 um 108%¹³²⁹. Dennoch wird die Außenhandelspolitik der ČSR, besonders deren stark protektionistische Ausrichtung, von der überwiegenden Zahl der Historiker und Wirtschaftswissenschaftler eher kritisch beurteilt.

Die Exportabhängigkeit zwang die ČSR gerade in den ersten Jahren ihres Bestehens, einen stark protektionistischen Kurs einzuschlagen. Während die umliegenden Länder ihre Märkte

¹³²⁷ Vgl. Berger (1982), a.a.O. S. 211. Hierbei handelt es sich allerdings um vorsichtige Schätzungen.

¹³²⁸ Vgl. Teichova: Wirtschaftsgeschichte (1988), a.a.O., S. 54.

¹³²⁹ Vgl. Zd. Drabek: Foreign Trade Performance and Policy, in: Kaser/Radice (1985), a.a.O., 379-531, S. 403.

vor ausländischen Produkten schützten, konnte die tschechoslowakische Regierung keine Freihandelspolitik betreiben, sondern mußte ihrerseits auch die eigenen Absätze sicherstellen. Hierzu übernahm die ČSR im Februar 1919 den österreich-ungarischen Zolltarif von 1906, der zu den höchsten in Europa zählte, und paßte ihn durch bestimmte Zuwachskoeffizienten den aktuellen Gegebenheiten an, ohne aber dadurch das relative Wert-Zoll-Verhältnis der Vorkriegszeit zu erreichen. Im Gegenteil wurden wegen der wirtschaftlichen Abschottungspolitik der Nachbarländer 1921 die Tarife für Industriewaren um 30-50% gegenüber dem Vorkriegsniveau erhöht. Auf die Warenströme während der Zeit der Hyperinflation in den Nachbarländern reagierte die ČSR mit der kurzzeitigen Einführung eines differenzierten Zollkoeffizienten. Eine leichte Wende in der extremen Schutzzollpolitik für Industrieprodukte hatte sich partiell schon 1923 abgezeichnet. Damals begann die Regierung, mit den wichtigsten europäischen Handelspartnern Verträge abzuschließen, die den internationalen Warenaustausch durch eine Senkung des Zollniveaus für Industrieerzeugnisse erleichtern sollten. Als Wendepunkt auf diesem Weg gilt der im August 1923 mit Frankreich abgeschlossene Handelsvertrag. Er zwang die ČSR zwar zu weitgehenden handelspolitischen Konzessionen ohne vergleichbare französische Gegenleistungen, doch folgten ihm 1924 vorteilhaftere Zollvereinbarungen mit Italien und Österreich. 1925 wurden Handelsverträge mit Polen und Spanien abgeschlossen, 1927 mit Ungarn.

Zollsätze in % der jeweiligen Preise¹³³⁰:

	<u>1913:</u>	<u>1927:</u>	<u>1931:</u>
Nahrungsmittel:	29,1	36,3	84,0
Halbfertigwaren:	20,0	21,7	29,5
Industriegüter:	19,3	35,8	36,5

Die 1921 begonnene Schutzzollpolitik für Agrarprodukte blieb jedoch uneingeschränkt bestehen und wurde nach dem hohen Wahlsieg der Agrarparteien 1925 sogar noch einmal erheblich verschärft¹³³¹. Das Problem der Agrarzölle ergab sich aus der volkswirtschaftlichen Struktur der ČSR. Die Bevorteilung des industriellen Sektors durch Einfuhrzölle, das Fehlen von Investitionskapital und die hohen Produktionskosten machten es den Bauern unmöglich, zu Weltmarktpreisen zu produzieren. Sie bedurften deshalb der staatlichen Unterstützung. Die politischen Auswirkungen der Agrarzölle werden in der Geschichtsforschung einhellig kritisiert¹³³². Während die tschechoslowakische Landwirtschaft nach *Kostas* und *Černýs* Ansicht

¹³³⁰ Vgl. Ebd., S. 476.

¹³³¹ Für detailliertere Informationen zur Entwicklung der Agrarzölle vgl. Vl. Brdlík: Die sozialökonomische Struktur der Landwirtschaft in der Tschechoslowakei, Berlin 1938, S. 20 ff.

¹³³² Ebenso kritisch sind die Einschätzungen bzgl. der volkswirtschaftlichen Wirksamkeit der Schutzzollpolitik. Kosta weist unter Bezug auf die Arbeiten von Lacina und Pryor nach, daß nicht nur zollgeschützte Industriezweige (Glas-, Keramik-, Druck- und Papierindustrie) im Verlauf der zwanziger Jahre hohe Wachstumsraten erzielen konnten, sondern auch solche, die keine Protektion erfuhren (Leder-, Schuh- und Bekleidungsherstellung, Textil- und Holzindustrie). Am Beispiel der Nahrungsmittelindustrie zeigte sich, daß "die staatliche Schutzpolitik weniger zu Buche schlug als die von den Binnen- und Außenmärkten herrührenden Impulse". Kosta (1993), S. 80. Heumos beurteilt das Problem des Protektionismus noch unter einer anderen Prämisse. Dabei ist für ihn bei der Bewertung dieser Politik ausschlaggebend, ob die vor ausländischer Konkurrenz geschützten Industriezweige die Absicherung zu einer umfassenden Modernisierung ihrer Produktionsanlagen etc. nutzen konnten oder nicht. Während z.B. die metallverarbeitende Industrie auf diesem Weg ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit steigerte, "zeigten die Agrarier - aufs Ganze gesehen - geringe Bereitschaft, durch Rationalisierung und strukturelle Refor-

auf diese Weise vor Billigimporten aus ost- und südosteuropäischen Agrarländern geschützt wurde, sahen sich diese Länder ihrerseits gezwungen, den Zugang tschechoslowakischer Industrieerzeugnisse auf ihre Märkte zu erschweren¹³³³. Das hatte vor allem in Hinblick auf die Kleine Entente weitreichende Folgen. Durch die Einführung der Getreidezölle auf Druck der Agrarier wurde es so verhindert, die außen- und sicherheitspolitische Zusammenarbeit dieser drei Staaten durch eine wirtschaftliche Verflechtung zu untermauern. Wie *Ake* zeigt, konterkarierte die Einführung der gleitenden Agrarzölle auch die Bemühungen der Nationaldemokraten um Handelserleichterungen mit den Nachbarstaaten¹³³⁴.

Ähnlich kontrovers verläuft auch die Diskussion über die Wirksamkeit der geographischen Ausrichtung des tschechoslowakischen Außenhandels. *Berger* kommt zu dem Schluß, daß sich die Westorientierung als ein Rückschlag erwies, denn quantitativ konnte die ČSR ihre Ausfuhren nach Westeuropa im Laufe der zwanziger Jahre kaum steigern. Als es deshalb notwendig wurde, sich wieder auf die traditionellen Partner zu konzentrieren, mußte die ČSR die Erfahrung machen, daß sie dabei auf erhebliche Schwierigkeiten stieß. Denn durch den Schutz der tschechoslowakischen Märkte hatte die Industrieentwicklung in den ostmitteleuropäischen Staaten zusätzliche Entwicklungsimpulse bekommen¹³³⁵. Dies gilt z.B. für die ungarische Textilindustrie, die in den zwanziger Jahren einen großen Aufschwung erlebte. Demgegenüber beurteilt *Pryor* die langfristige Bedeutung der westeuropäischen und überseeischen Märkte für die tschechoslowakische Handelspolitik positiv. Er unterstreicht dabei vor allem den Innovationsschub, der mit dieser Umorientierung verbunden war. Die ČSR war mit ihren Erzeugnissen dort nämlich oftmals ein Neuling, der die volkswirtschaftliche Erfahrung machen mußte, daß er nur über die Anhebung der Produktqualität gegenüber der internationalen Konkurrenz bestehen konnte. Die hierfür notwendige Modernisierung mittels technologischer Innovationen wurde durch die umsichtige Investitionspolitik der tschechoslowakischen Banken auch geschafft. Außerdem macht dieser Autor deutlich, daß die Änderung der geographischen Ausrichtung des Exports während der Weltwirtschaftskrise eine nachhaltige Rolle spielte. Zwischen 1929 und 1932 sanken die Ausfuhren nach Ostmitteleuropa um mehr als zwei Drittel, nach Westeuropa um etwa die Hälfte und nach Übersee um weniger als ein Drittel¹³³⁶. *Kosta* urteilt, daß die ČSR auch auf dem Gebiet des Außenhandels feststellen mußte, daß sie trotz aller politischen Absichten den Gesetzen des Marktes unterlag. Vor dem Hintergrund langjähriger Geschäftsbeziehungen und günstigerer Transportwege nach Ostmittel- und Südosteuropa zwangen die tschechoslowakischen Industrieunternehmen die Regierung, Profitinteressen über außenpolitische Strategieüberlegungen zu stellen¹³³⁷. Die ČSR mußte also insgesamt die Erfahrung machen, daß außen- und sicherheitspolitische Zusammenschlüsse nicht notwendigerweise florierende Handelsbezie-

men den nicht zuletzt sozialpolitisch kostspieligen direkten und indirekten Schutz der Landwirtschaft überflüssig zu machen". Heumos (1979), a.a.O., S. 344.

¹³³³ Vgl. *Kosta* (1975), a.a.O., S. 19 f.; und *Černý* (1967), a.a.O., S. 176.

¹³³⁴ Vgl. *Ake* (1975), a.a.O., S. 310.

¹³³⁵ Vgl. *Berger* (1982), a.a.O., S. 212.

¹³³⁶ Vgl. *Pryor* (1980), a.a.O., S. 212 f.

¹³³⁷ Vgl. *Kosta* (1993), a.a.O., S. 84.

hungen nach sich ziehen. Dieses galt sowohl für die Verbindungen nach Westeuropa als auch für die Staaten der Kleinen Entente, denn Jugoslawien und Rumänien blieben die zweite Garnitur der tschechoslowakischen Handelspartner¹³³⁸.

Vor diesem Hintergrund waren die Bemühungen der ČSR, der zu Beginn der dreißiger Jahre einsetzenden wirtschaftlichen - und nachfolgend politischen - Expansion Deutschlands nach Mittel- und Südosteuropa durch eine ökonomische und politische Integration der Kleinen Entente und die wirtschaftliche Anbindung Österreichs und Ungarns zu begegnen, faktisch von Beginn an zum Scheitern verurteilt. Großbritannien und Frankreich standen einer solchen wirtschaftlichen Integration grundsätzlich positiv gegenüber, waren jedoch nicht bereit, ihre Agrarimporte aus Übersee zugunsten der Donaustaaten einzuschränken, und die ČSR war volkswirtschaftlich nicht in der Lage und innenpolitisch nicht willens, ihren Partnern einen präferierten Absatz von Agrarüberschüssen und Wirtschafts- und Währungskredite zu gewähren¹³³⁹. Solange außerhalb einer umfassenderen, gesamteuropäischen Perspektive operiert wurde, ließ sich aus diesem Bündnis aufgrund der Unvereinbarkeit der implizierten Wirtschaftsinteressen kein tragfähiger Wirtschaftsblock formen, der es ermöglicht hätte, die ökonomische Attraktivität des deutschen Marktes für die Agrarstaaten des Donau-Balkan-Raumes zu neutralisieren¹³⁴⁰.

Bei den beiden sozialdemokratischen Parteien in der ČSR wurden diese Zusammenhänge nur von der DSAP in ihrer gesamten Tragweite erkannt und thematisiert. Die aus Jakschs und Franzels zutreffender Analyse generierte Konzeption war allerdings wegen ihrer revisionistischen Implikationen für die ČSD nicht akzeptabel, so daß sich auf dieser Grundlage kein gemeinsamer Vorstoß aufbauen ließ. Zwar wurde auch von den tschechischen Sozialdemokraten die Absicht Deutschlands erkannt, über eine gezielte Handelspolitik die Funktionsfähigkeit regionaler Bündnisstrukturen zu untergraben¹³⁴¹, und daher wurde seit 1933 ein wirtschaftspolitischer Ausbau der Kleinen Entente angemahnt, doch die Partei war nicht in der Lage, ein Alternativkonzept zu erarbeiten, das den Bedürfnissen aller Beteiligten entgegengekommen wäre.

¹³³⁸ Sládek sieht hierin aber keine Tendenz, die nur für die Kleine Entente zutrif, deren Volkswirtschaften eben nicht kompatibel waren, sondern der gesamte Warenaustausch auf dem Gebiet der ehemaligen Habsburgermonarchie zerfiel zusehends. Vgl. Zd. Sládek: *Hospodářské styky malodohodových států v letech 1920-1929*, in: ČČH 88 (1990), S. 514-34. Demgegenüber beweist eine empirische Studie von Karner u.a., daß der zwischenstaatliche Handel in Mitteleuropa in den zwanziger Jahren zwar deutlich zurückging, die Länder Österreich, Ungarn, die ČSR und Jugoslawien mit Zuordnung von Polen, Italien, Deutschland und Griechenland aber dennoch der am stärksten verflochtene Wirtschaftsraum der Welt waren. Die Sukzessionsstaaten betrieben vor dem Weltkrieg etwa drei Viertel des Handels untereinander. 1929 erreichten sie aber nur noch 36% der Exporte und 31% der Importe. Werden diese Größen aber in Relation zur Entwicklung des gesamten Welthandels gestellt und die Handelsintensitäten berücksichtigt, dann zeigt sich, daß die Verflechtungsintensität in dieser Region größer und vor allem langfristig stabiler war als im pazifischen Raum oder in Skandinavien. So kommt diese Studie zu dem Schluß: "Mitteleuropa war ein realer wirtschaftlicher Integrationsraum, meßbar außenwirtschaftlich realer als andere 'alte' Integrationsräume. Allerdings dürfte sein Bestand eher aus der jahrhundertealten, gemeinsamen historischen Entwicklung, denn aus ökonomischen Zukunftsperspektiven bestimmt gewesen sein." S. Karner u.a.: *Wie real war "Mitteleuropa"?* Zur wirtschaftlichen Verflochtenheit des Donauraumes nach dem Ersten Weltkrieg, in: VSWG 74 (1987), 153-73, S. 173.

¹³³⁹ Neben der explizit klientelbezogenen Wirtschaftspolitik der tschechoslowakischen Agrarier spielte hier eine entscheidende Rolle, daß der deutsche Markt etwa drei- bis fünfmal mehr Agrarimporte aus dem Donau-Balkan-Raum aufnehmen konnte als die ČSR.

¹³⁴⁰ Vgl. zu den diesbzgl. Initiativen der ČSR Jančík (1994), a.a.O., S. 156 ff.

¹³⁴¹ Vgl. V. Pilecký: *Nacistická expanze na Balkáně*, in: *Dělnická Osvěta* 23 (1937), S. 87-89.

Statt dessen erschöpfte sich die ČSD in politisch wenig konstruktiven Vorwürfen an das bürgerliche Lager. Nach Ansicht des Parteivorstands hatten sich die drei Staaten bereits unter der Herrenkoalition (1926-1929), der die ČSD nicht angehört hatte, politisch und wirtschaftlich voneinander entfernt. Rumänien und Jugoslawien seien infolgedessen unter deutschen Einfluß geraten. Ohne dies faktisch belegen zu können, wurde gegenüber der Partei und der politischen Öffentlichkeit die These vertreten, die ČSD habe sich seither erfolglos um eine Korrektur dieser Entwicklung bemüht¹³⁴². Es drängt sich somit die Vermutung auf, daß es der ČSD bereits im Frühjahr 1935 nur noch darum ging, Schuldzuweisungen an die Bürgerparteien vorzunehmen, diese hätten die Kleine Entente ihren Wirtschaftsinteressen geopfert, anstatt - wie die DSAP - eigene Konzepte zur Lösung der Problematik vorzulegen, die einer Einbettung in einen europäischen Kontext bedurft hätten.

Eine solche gesamteuropäische Implementierung hätten die verschiedenen, mit dem Einsetzen der Weltwirtschaftskrise vorgebrachten Initiativen der Westmächte bieten können. Jeder dieser Ansätze zu einer übergreifenden wirtschaftlichen und politischen Kooperation in der Region scheiterte jedoch an den divergierenden Interessen der beteiligten Großmächte und beförderte somit die Polarisierung im Donau-Balkan-Raum. Den Beginn machte hierzu die auf der Madrider Völkerbundkonferenz im September 1929 von A. Briand vorgeschlagene Bildung einer Paneuropäischen Union. Dieses Angebot einer ökonomischen, politischen und sozialen Allianz, mit der die unter europäischen Intellektuellen seit längerer Zeit diskutierte engere europäische Integration auf die politische Agenda gebracht wurde, scheiterte nach dem Abgang Stresemanns nicht zuletzt an der ablehnenden Haltung Deutschlands, das bald darauf seine Pläne einer Zollunion mit Österreich vorantrieb. Ähnlich erging es dem zum Jahreswechsel 1931/32 veröffentlichten britischen Vorschlag einer Zollunion der Donaustaaten. Der im März 1932 von A. Tardieu verkündete Plan einer zu errichtenden Donaukonföderation unter Einbeziehung Italiens und Deutschlands sollte durch ein System von Zollpräferenzen dazu beitragen, den Handelsaustausch in Mitteleuropa wiederzubeleben und Österreich dem deutschen und Ungarn dem italienischen Einfluß zu entziehen sowie im Gegenzug französische Exporte in die Region zu erleichtern. Doch insbesondere Großbritannien zeigte sich nunmehr nicht bereit, seine Freihandelsprinzipien aufzugeben, und Deutschland und Italien weigerten sich, auf ihren politischen Einfluß auf die Donaustaaten und die Meistbegünstigung zu verzichten¹³⁴³. Mit dem Scheitern des Tardieu-Plans waren die französischen Initiativen zur wirtschaftlichen Konsolidierung des Donau-Balkan-Raumes vorerst an ihr Ende gelangt und sollten in der Folgezeit erst wieder vom faschistischen Italien und vom nationalsozialistischen Deutschland zur Unterstützung ihrer spezifischen Interessen aufgegriffen werden. Insbesondere auf der Grundlage des von Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht im September 1934 ausgegebenen 'Neuen Plans' gelang es, die Rohstoffbasis für die deutsche Aufrüstung zu schaffen und die Nachfolgestaaten bis 1936 sukzessive in die wirtschaftliche Abhängigkeit vom Deutschen Reich zu bringen.

¹³⁴² Vgl. Šest let činnosti (1935), a.a.O., S. 7 und S. 12 f.

¹³⁴³ Vgl. zu den alliierten Initiativen ausführlich Ránki (1983), a.a.O., S. 59 ff. und 97 ff.

Somit stellte auch der 1935/36 gegen die deutschen Hegemoniebestrebungen vorgebrachte Hodža-Plan, der durch eine allmähliche politische Annäherung der Staaten der Kleinen Entente mit dem römischen Block ein wirtschaftliches und politisches System für Mitteleuropa schaffen wollte, das aufgrund seiner Größe und Stärke sowohl mit Deutschland eine gleichberechtigte Partnerschaft errichten als auch mit diesem zusammen die Agrarprobleme des Donau-Balkan-Raumes lösen sollte, eine verspätete Einsicht in zurückliegende Fehler dar. Gegenüber dem avisierten deutschen Clearingsystem war diese Variante für Rumänien und Jugoslawien wirtschaftlich nicht mehr attraktiv genug und bot ihnen politisch keine ausreichenden Garantien für die bestehenden Konflikte mit Ungarn, Italien und der UdSSR. Doch auch für die Konzeptionen Jakschs und Franzels lassen sich keine Perspektiven für eine erfolgreiche Umsetzung ausmachen, solange es zum einen hierfür nicht einmal von der tschechischen Schwesterpartei eine Unterstützung gab und zum anderen der soziale und demokratische Aspekt einer politischen Neuordnung der Verhältnisse im Donau-Balkan-Raum autoritären Regimen gegenüber stand.

7.5 Das Problem politischer Desintegration in Mitteleuropa. Grenzkonflikte, soziale Revolutionen und autoritäre Regime

Durch die außenpolitische Isolation Deutschlands und Rußlands bot sich den Sukzessionsstaaten in den zwanziger Jahren die einmalige Möglichkeit, politische und sozioökonomische Stabilität ohne äußeren Druck anzustreben. Es gelang den jungen Nationalstaaten bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs jedoch nicht, die übergeordnete, politisch integrierende Institution des Kaiserreichs durch einen neuen Faktor aus ihren eigenen Reihen zu ersetzen und damit die geopolitische Ordnung dauerhaft zu stabilisieren. Vielmehr begannen sie schnell, sich gegenseitig in Kriegshandlungen und latente Konfliktsituationen zu verwickeln, um auf diese Weise Nachbesserungen der territorialen Regelungen zu erreichen oder aus nationalem Ergeiz um die wirtschaftliche und politische Vormachtstellung in der Region zu konkurrieren. Dies galt insbesondere für die beiden zur Siegerseite zählenden Länder ČSR und Polen.

Für die ČSR beeinträchtigten die polnischen Ansprüche auf die Provinz Teschen seit Beginn der Eigenstaatlichkeit die Beziehungen zu dem nördlichen Nachbarn. Dieser Grenzstreit, der bis zum Sommer 1920 in Kriegshandlungen mündete, und das neutrale Verhalten Prags im polnisch-sowjetischen Konflikt überschatteten die gegenseitigen Beziehungen dauerhaft und verhinderten, im Sinne slawischer Solidarität zur Konsolidierung des Raums beizutragen. Infolge des Putsches J. Pilsudskis im Mai 1926 kam es zwar nicht erneut zu einer Verschlechterung der Beziehungen, doch belauerten sich beide Seiten von nun an argwöhnisch¹³⁴⁴. Auch in Anbetracht der aufziehenden Gefahr durch das Deutsche Reich stellten beide Staaten ihre nationalen Eigeninteressen nicht zurück und konnten zu keiner profitablen Partnerschaft finden. Mit Un-

¹³⁴⁴ Vgl. J. Dejmek: Coup d'état Józefa Pilsudského v květnu 1926 v pohledu československé diplomacie, in: MD 3 (1995), S. 101-28.

garn entwickelte sich ein dauernder, kurzzeitig auch militärisch geführter Streit um die Slowakei. Dieser latente Konfliktzustand wurde zudem dadurch geschürt, daß die ČSR und Jugoslawien, die beide Gebietsgewinne auf Kosten des Königreichs Ungarn erzielt hatten, die sicherlich über eine ethnisch vertretbare Grenze hinausgingen, keine friedfertige Haltung gegenüber Ungarn einnahmen, das vor dem letztlich nicht lösbaren innenpolitischen Problem stand, den territorialen und politischen Machtverlust zu akzeptieren. Das Nachkriegsungarn wurde von beiden Staaten als potentieller Unterstützer aller Gegner des slawisch dominierten 'Neuen Europa' betrachtet, mit der Konsequenz, seine Machtstellung zu minimieren. Es gab grundsätzlich keine Bereitschaft, gegensätzliche Standpunkte zu tolerieren. Dies beförderte bei den unterschiedlichen ungarischen Regierungen die Einsicht, daß die angestrebte Revision des 'Diktatfriedens' nur im Zusammenhang mit einer grundlegenden Veränderung der europäischen Kräfteverhältnisse erreicht werden könnte¹³⁴⁵. Das Verhältnis der ČSR zu Österreich war vergleichsweise wenigen Belastungen ausgesetzt, blieb aber trotz der tschechischen Unterstützung bei der wirtschaftlichen Stabilisierung Österreichs durch den Völkerbund und eines regen wirtschaftlichen und kulturellen Austausches lediglich korrekt. Zu einer Abkühlung der Beziehungen kam es erst nach der Verhinderung der deutsch-österreichischen Zollunion, an der sich die ČSR, motiviert durch die latente Angst vor einem Anschluß Österreichs ans Deutsche Reich, maßgeblich beteiligte¹³⁴⁶.

Einen weiteren wichtigen Faktor für die ausgebliebene Übereinkunft stellte der unterschiedliche Grad und die Geschwindigkeit innenpolitischer Stabilisierung in den einzelnen Nachfolgestaaten dar. Der Krieg hatte für die Menschen in Mitteleuropa durch die Fronterfahrung - aber auch durch die harten alltäglichen Entbehrungen im Inland - großes Elend gebracht, das insbesondere die unteren Gesellschaftsschichten betraf. Ergänzt durch die erfolgreiche Revolution in Rußland bewirkte diese einheitliche Kriegserfahrung eine Radikalisierung der unteren Bevölkerungsgruppen und ein Anwachsen sowohl sozialistischer als auch nationalistischer Lösungsansätze. Während es in der ČSR - aber zunächst auch in Polen und Jugoslawien - weitgehend gelang, durch distributive Maßnahmen das Potential sozialer Unzufriedenheit in die nationale Revolution zu integrieren und gegen den österreich-ungarischen Staat als Verantwortlichen zu richten, destabilisierten sich die Gesellschaften der Kriegsverlierer in Deutschland, Österreich und besonders in Ungarn in sozialistischen Revolutionen oder Verteilungskämpfen, die schnell eine politische Dimension annahmen. Demgegenüber blieb der innere Frieden in der ČSR in den Nachkriegsjahren weitgehend gewährleistet, und das neue politische System und die soziale Ordnung konnten sich durch die Partizipation bisheriger politischer und gesellschaftlicher Randgruppen verhältnismäßig ungestört entwickeln. Auch hier gab es zwar soziale Unruhen - vor allem in der Slowakei - und eine große Streikwelle, die im Generalstreik vom Dezember

¹³⁴⁵ Vgl. P. Burian: Die ungarisch-tschechoslowakischen Beziehungen als europäisches Problem, in: Gleichgewicht (1976), a.a.O., S. 381-93.

¹³⁴⁶ Vgl. dazu J. Dejmek: Československo-rakouské vztahy v období jednání o německo-rakouskou celní unii (1930-1931), in: MD 2 (1994), S. 233-61; ders.: Politické vztahy mezi Československou a Rakouskou po smlouvě lanské (1922-1925). Ke Kroftově vyslanecké misi ve Vídni v první polovině dvacátých let, in: MD 1 (1993), S. 121-65; und R. Kvaček: Boj o Rakousko v letech 1933-1938 a československá zahraniční politika, in: SbH 12 (1964), S. 241-87.

1920 ihren Höhepunkt fand¹³⁴⁷. Mit der Situation etwa in Ungarn war diese Entwicklung aber nicht zu vergleichen, da dem sozialen Protest in der ČSR in den meisten Fällen die politische Dimension fehlte. Dies ist nach verbreiteter Meinung darauf zurückzuführen, daß die tschechoslowakische Regierung mit ersten, die soziale Lage stabilisierenden Maßnahmen dem möglichen Protest die Spitze nahm. Hierunter sind 1918/19 die Einführung des achtstündigen Arbeitstages, die Bodenreform, die Währungsreform, Beihilfen für Kriegsoffer und Arbeitslose sowie der rasche Ausbau des Schulwesens zu nennen. Darüber hinaus hatten alle gesellschaftlichen Schichten in dem demokratischen System, das sich die ČSR mit der Provisorischen Verfassung vom 13.11.1918 gegeben hatte, die Möglichkeit, ihren Forderungen öffentlich Ausdruck zu verleihen. Die tschechischen Sozialdemokraten zeigten sich im Gegensatz zu anderen Ländern bereit, mit den bürgerlichen Kräften gemeinsam die soziale Frage zu lösen. Außerdem war der nationale Konflikt innerhalb der tschechoslowakischen Gesellschaft so dominierend, daß er kaum noch Platz für sozial begründete Auseinandersetzungen ließ¹³⁴⁸.

Bei den Nachbarstaaten der ČSR ließen sich die sozialen, wirtschaftlichen, nationalen und Nationalitätenfragen nicht so erfolgreich kompensieren, so daß diese Länder schrittweise in mehr oder weniger autoritäre Lösungen flohen. Besonders im überwiegend agrarisch strukturierten Polen waren es mit der nur schwer zu lösenden Landfrage, der Kapitalarmut und den inflationären Finanzkrisen vor allem sozioökonomische Faktoren, die keine Handlungsspielräume für Strukturreformen und/oder Sozialprogramme zuließen und dadurch die langfristige demokratische Stabilisierung untergruben. In Ungarn hatte das republikanische System unter Fürst Mihály Károlyi infolge des immensen politischen Positionsverlustes durch die Friedensregelung und die damit verbundenen sozioökonomischen Anpassungsprobleme keine realistische Chance, dauerhaft Fuß zu fassen. Nach dem kurzzeitigen Räteregime Béla Kuns und der Militärdiktatur unter Admiral Horthy wurde Ungarn von 1921 bis 1931 von dem reaktionären Ministerpräsidenten Graf Bethlen regiert, der durch Reformverweigerung und die schrittweise Demontage des Wahlrechts die Feudalherrschaft der madjarischen Notablen wiederherzustellen bestrebt war. Von seinem Amtsnachfolger Julius Gömbös, einem Antisemiten und Anhänger der Idee des italienischen Faschismus, wurde dieses autoritäre Regime noch strenger geführt. Royalistische Diktaturen etablierten sich in den drei Balkanländern Jugoslawien (1922), Bulgarien (1935) und Rumänien (1938). In Österreich konnten sich die demokratischen Kräfte nicht zuletzt dank internationaler Unterstützung relativ lange halten. Im Laufe des Jahres 1933 errichtete Dollfuß jedoch sein autoritäres Regime. Nach dem sozialistischen Februaraufstand gegen den Austrofaschismus im Jahr 1934 wurde nach der Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ) auch die SPÖ verboten, und es beschleunigte sich die antidemokratische Verschärfung im politischen System. Bezeichnenderweise wurde die Entwicklung in Österreich von den beiden sozial-

¹³⁴⁷ Die Hauptursache für die Straßendemonstrationen der ersten Monate im Jahr 1919 war der Protest gegen die unzureichende Lebensmittelversorgung. Die Bevölkerung warf der Regierung vor, nicht entschieden genug gegen Schwarzhändler und Preissteigerungen bei Lebensmitteln vorzugehen. Vgl. Beneš (1980), a.a.O., S. 70.

¹³⁴⁸ Doch lassen sich bei den verschiedenen Nationalitätengegensätzen unterschiedliche Motivationen feststellen. Während der deutsch-tschechische Konflikt hauptsächlich nationalen Ursprungs war, war die Abneigung der slowakischen Bauern gegen die Ungarn in erster Linie sozial begründet. Vgl. Ebd., S. 51.

demokratischen Parteien in der ČSR als weitaus alarmierender wahrgenommen als die politischen Verschärfungen in den übrigen Nachbarstaaten. Dieser Umstand kann nur als politische Nabelschau und damit als mangelnde Einsicht in die Notwendigkeit langfristiger Konfliktprävention verstanden werden, anstatt aus wohlgemeintem Eigeninteresse durch wirtschaftliche und politische Maßnahmen positiv auf die innenpolitische Entwicklung der Nachbarstaaten hinzuwirken, die nicht als potentielle Feinde verstanden wurden.

Ungleiche politische Systeme stellen zunächst einmal nicht zwangsläufig ein Hindernis für eine außenpolitische Zusammenarbeit oder sogar Militärbündnisse dar. Daß dies nicht einmal unter den französischen Verbündeten gelang, ist vor allem darauf zurückzuführen, daß praktisch alle Staaten unterschiedliche außenpolitische und wirtschaftliche Interessen verfolgten und ihre potentiellen Gegner woanders sahen: In der bedrohlichsten Lage befand sich sicherlich Polen, das mit seinen potentiellen Feinden Deutschland und Rußland durch direkte Grenzen verbunden war. Die ČSR fürchtete sich vor einer deutschen Expansion nach Mitteleuropa und mußte deshalb gegen einen Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich arbeiten. Jugoslawien hatte fundamentale Interessengegensätze mit Italien und Bulgarien, Rumänien hingegen mit Rußland. Gemein war den drei letztgenannten nur eine sicherlich weit übertriebene Angst vor einer restaurativen Entwicklung Ungarns. Aus diesem Grund entstand im Verlauf der Jahre 1920 und 1921 mit der Kleinen Entente als einer Summe bilateraler Abkommen zwischen der ČSR, Jugoslawien und Rumänien der einzige außenpolitische Zusammenschluß unter den Nachfolgestaaten als ein gegen Ungarn gerichtetes Bündnis.

Den Auslöser zur Gründung der Kleinen Entente bot die Initiative Frankreichs vom Frühsommer 1920, eine Donaukonföderation mit Ungarn als Kernland zu schaffen. Die Einbeziehung dieses Bündnisses in das von Frankreich bestimmte Verteidigungssystem erfolgte erst danach. Dieses Subsystem blieb jedoch ein Torso, da es nicht gelang, weitere Staaten zu integrieren und es damit zu einem größeren Machtfaktor in der Region zu machen. Dies betraf insbesondere Polen, mit dem die tschechoslowakischen Initiativen zur Einbeziehung schon 1923 an divergierenden Sicherheitsbedürfnissen scheiterten. War das Bündnis aus der Überzeugung entstanden, einem ungarischen Revisionismus nur so lange widerstehen zu können, wie ihm gegenüber eine militärische Überlegenheit bestand, so zeigte sich die Kleine Entente auch nur gegenüber diesen Bestrebungen als funktionsfähig. Die militärische Ausrichtung gegen Ungarn bewirkte, daß das Land trotz der Aufnahme in den Völkerbund 1922 zunehmend isoliert wurde und somit zwangsläufig in den Sog der italienischen Interessen im Donau-Balkan-Raum sowie in einen Gegensatz zu Frankreich geriet. Die darüber hinaus festzustellende Absicht, die Kleine Entente als eine allgemeine, den *Status quo* in der Region sichernden Machtfaktor zu verstehen¹³⁴⁹, hätte jedoch den Umbau in ein allgemeines Verteidigungsbündnis zur Voraussetzung haben müssen. Ein solcher Schritt wurde allerdings erst vor dem Hintergrund des Übergangs

¹³⁴⁹ Beneš hatte in einer Parlamentsrede vom 2.7.1934 drei weitergehende Ziele der *Status quo*-Sicherung definiert: das Eintreten gegen eine territoriale Revision, gegen einen Anschluß Österreichs ans Deutsche Reich und gegen eine Restauration Österreich-Ungarns. Vgl. hierzu die Interpretation bei G. Reichert: Das Scheitern der Kleinen Entente. Internationale Beziehungen im Donauraumraum von 1933 bis 1938, München 1971, S. 45 f.

Italiens ins revisionistische Lager sowie des Versuchs der deutsch-österreichischen Zollunion angegangen und mit dem sog. Organisationspakt der Kleinen Entente vom 16.2.1933 vorangetrieben (Ständiger Rat, Koordinierung militärischer Zusammenarbeit). Er scheiterte dann aber an den als unterschiedlich rezipierten Sicherheitsinteressen der Bündnispartner. Für eine weitere außenpolitische Vertiefung zeigte sich mit dem Einsetzen der Weltwirtschaftskrise vor allem die fehlende Wirtschafts- und Handelsintegration als großes Hindernis¹³⁵⁰, und die Kleine Entente erreichte zu keinem Zeitpunkt den Charakter eines Staatenbundes, der mit Einschränkungen nationaler Souveränität verbunden gewesen wäre.

Dieser Entwicklung leisteten auch die tschechischen Sozialdemokraten Vorschub, indem sie die unflexible Politik Benešs vorbehaltlos unterstützten. Bei ihrer Forderung, die Kleine Entente wirtschaftspolitisch zu untermauern, spielte nicht die Effizienzsteigerung dieses Bündnisses die entscheidende Rolle, sondern das Kalkül zur Verbesserung der eigenen wirtschaftlichen Entwicklung. So wurde zwar registriert, daß die Hindernisse beim Handel von Agrarprodukten die politischen Beziehungen zu den verbündeten Staaten erschwerte¹³⁵¹, es gelang der Parteiführung jedoch offensichtlich nicht, sich eine umgekehrte Perspektive anzueignen und die Schlüsselfrage zu beantworten, zu welchen wirtschaftlichen Zugeständnissen die ČSR bereit sein müsse, damit sich Rumänien und Jugoslawien schließlich nicht in ein System von Zollpräferenzen mit Deutschland begeben würden.

Deutschland hatte in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre sein internationales Ansehen durch die geschickte Politik Stresemanns sukzessive zurückgewinnen können. Mit der Einbindung in das Vertragswerk von Locarno 1925 und den Eintritt in den Völkerbund 1926 war das Vertrauen der Völkergemeinschaft in die friedfertige Entwicklung des ehemaligen Kriegsgenegers stetig gewachsen. Lediglich militärisch war Deutschland seinen Nachbarn trotz der im November 1932 begonnen geheimen Aufrüstung noch weit unterlegen. Das Verhältnis der Stärke der deutschen Wehrmacht zu den Friedensheeren Frankreichs, Polens und der ČSR betrug 1933 ca. 10:110¹³⁵². Hitler hatte die Macht zu einem Zeitpunkt ergriffen, als infolge der Lösung der Reparationsfrage in Lausanne im Juli 1932 und der faktischen Gewährung voller politischer Gleichberechtigung durch Frankreich und Großbritannien auf der Genfer Abrüstungskonferenz im Dezember 1932 zudem das internationale Klima für weitere Revisionsschritte günstig schien. Als außenpolitische Strategiefelder dienten Hitler neben der allgemeinen Grenzrevision vor allem die Wiederaufrüstung und eine Handelsausdehnung. Hierzu schienen ihm bilaterale Abkommen geeigneter als das Völkerbundsystem. Nach außen gab sich der deutsche Diktator zunächst pazifistisch und ließ sich im Juni 1933 mit dem Viererabkommen sogar zur Unterstützung der Arbeit des Völkerbundes für ein Sicherheitssystem und zur Teilnahme an den Genfer

¹³⁵⁰ Das tschechoslowakische Getreidemonopol von 1934 setzte jugoslawischen und rumänischen Agrarexporten enge Grenzen, und gleichzeitig konnten die Binnenmärkte der beiden letzteren Staaten keine ausreichenden Kapazitäten für die Aufnahme tschechoslowakischer Industrieerzeugnisse bilden, so daß die Handelsbilanzen zwischen den Staaten gegenüber den zwanziger Jahren fielen.

¹³⁵¹ Vgl. die Stellungnahme Bechyněs. Protokoll der Vorstandssitzung v. 14.1.1937. A ČSSD, f. 71, a.j. 19/2, l. 300-04.

¹³⁵² Vgl. H.A. Jacobsen: Nationalsozialistische Außenpolitik 1933-1938, Frankfurt/M.-Berlin 1968, S. 387.

Abrüstungsverhandlungen verpflichten. Dieser Weg zur Anerkennung der Gleichberechtigung Deutschlands ging Hitler jedoch zu langsam. Deutschland verließ im Oktober unter einem Vorwand die Genfer Abrüstungsverhandlungen und schied wenige Tage später aus dem Völkerbund aus. Die daraus resultierende außenpolitische Isolierung gegenüber den Westmächten suchte Hitler durch neue Initiativen unter den östlichen Nachbarn zu kompensieren. Mit der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Nichtangriffspakts am 26.1.1934 gelang ihm der erste Einbruch in das französische Bündnissystem.

Auch gegenüber den Staaten der Kleinen Entente verfolgte Hitler seit dem Herbst 1933 das Ziel, deren Bindungen an Frankreich zu lockern und sie durch eine gezielte Wirtschaftspolitik ökonomisch und politisch an Deutschland zu binden. Angebote zu einem bilateralen Abkommen mit der ČSR wurden bereits im November 1933 von Beneš abgelehnt. Die ČSR vertrat im Vergleich zu Rumänien und Jugoslawien eine deutlich entschiedeneren Opposition gegen Hitler, die vor allem fundamental begründet war, aber keine alternativen Konzeptionen hervorbrachte. Diese Haltung Benešs erwies sich in der Folgezeit jedoch als problematisch, da sich angesichts der veränderten außenpolitischen Interessenkonstellationen der dreißiger Jahre und der daraus entstandenen unterschiedlichen Bedrohungssituationen die drei Bündnisstaaten ohne Konsultationen und Koordination mit den Partnern zunehmend ihre außenpolitischen Strategien veränderten. Dies galt sowohl für die diplomatische Anerkennung der UdSSR durch die ČSR 1934 und den darauf folgenden Beistandspakt von 1935 als auch für die 1935 begonnenen Ausgleichsbemühungen der jugoslawischen Außenpolitik mit Italien und den 1937 abgeschlossenen Nachbarschaftsverträgen mit Italien und Bulgarien sowie den parallel einsetzenden Versuchen zu einer politischen Annäherung an Deutschland. Belgrad war vor diesem Hintergrund nicht länger bereit, sich in das französische Verteidigungsbündnis zu integrieren und sicherte dem deutschen Außenminister im Juni 1937 zu, Jugoslawien werde bei einem deutschen Angriff der ČSR nicht zur Hilfe kommen¹³⁵³. Auch Rumänien orientierte sich nach der Entlassung Außenminister Titulescu 1936 mehr am Deutschen Reich. Gegenüber der österreichischen Frage gelang keine Übereinkunft unter den drei Staaten, und im Juni 1936 beschloß die Kleine Entente, ein militärisches Einschreiten im Fall eines Anschlusses an Deutschland vom französischen Verhalten abhängig zu machen. Vor diesem Hintergrund kamen die 1937 unternommenen Versuche zur Umwandlung der Kleinen Entente in ein allgemeines Verteidigungsbündnis zu spät¹³⁵⁴.

Für die übrigen, nicht mit der ČSR verbündeten Staaten in der Region verengten sich mit dem Einsetzen der revisionistischen Politik der beiden Großmächte Deutschland und Italien vor dem Hintergrund der uneinheitlichen Haltung der Westmächte und der steigenden politischen Ohnmacht des Völkerbundsystems erheblich deren außenpolitische Handlungsspielräume. In Polen hatte sich schon nach dem Staatsstreich Pilsudskis und noch deutlicher mit der Ernennung Józef Beck zum Außenminister 1932 eine neue außenpolitische Orientierung etabliert, die bilateralen Lösungen den Vorzug vor multilateralen gab. Durch die Abschlüsse des polnisch-

¹³⁵³ Vgl. Kvaček (1966), a.a.O., S. 362.

¹³⁵⁴ Vgl. zur Frage des Scheiterns der Kleinen Entente die Aufarbeitung und Problematisierung des Forschungsstandes bei Sundhaussen (1985), a.a.O.

sowjetischen Nichtangriffspakts 1932 und die deutsch-polnische Nichtangriffserklärung vom 22.1.1934 erlangte Polen in den Augen der Warschauer Außenpolitiker ein Höchstmaß an nationaler Sicherheit. Die ČSR wurde zunehmend als ein künstlicher und deshalb nicht überlebensfähiger Staat betrachtet, und Polen lehnte die im Frühjahr 1933 gemachten Vorschläge Beneš zum Abschluß eines Freundschaftsvertrags zwischen beiden Ländern ab. Nach der Unterzeichnung der deutsch-polnischen Erklärung initiierten polnische Medien eine erste Kampagne gegen die ČSR, die einen zunehmend feindseligen politischen Kurs Polens gegenüber seinem südlichen Nachbarn einleitete¹³⁵⁵. Ungarn versprach sich von der Politik Hitlers überwiegend Vorteile für seine eigenen revisionistischen Bestrebungen. So war Ministerpräsident Gömbös auch einer der ersten Regierungschefs, der sich nach der Machtergreifung Hitlers um dessen Gunst bemühte. Die völkerrechtliche Verantwortung für die Eigenstaatlichkeit Österreichs hatten im Friedensschluß von St. Germain die Westmächte übernommen. Zur Unterstützung seiner Position hatte es nach der Machtergreifung - wie bereits geschildert - die Protektion Italiens gesucht. Um einem möglichen Anschluß ans Deutsche Reich entgegenzuwirken, versuchte Beneš im Juni 1933 erfolglos, einen Plan auf die diplomatische Agenda zu bringen, wonach die dauerhafte Neutralität Österreichs von Frankreich, Italien, Ungarn und der Kleinen Entente garantiert und nachfolgend von Großbritannien, Deutschland und Polen respektiert werden sollte. Seit Ende 1933 überließ die ČSR die Sicherstellung der österreichischen Eigenstaatlichkeit der Verantwortung der Großmächte, bevor es im Zuge des Hodža-Plans eines Donaupakts Anfang 1936 noch einmal zu Sondierungsgesprächen über eine mögliche Annäherung der österreichischen und tschechoslowakischen Außenpolitik kam¹³⁵⁶. Nach dessen Scheitern mußte sich Kanzler Schuschnigg seit der deutsch-österreichischen Übereinkunft im Juli 1936 den außenpolitischen Vorstellungen Hitlers unterordnen, der seit 1937 planmäßig auf den Anschluß Österreichs am 14.3.1938 hinarbeitete.

Die Sozialdemokraten konnten nach dem Anschluß Österreichs nur noch Zweckoptimismus verbreiten. Bechyně erklärte gegenüber dem Parteivorstand: "Unsere Situation ist nach dem Anschluß Österreichs besser, als sie es zuvor war."¹³⁵⁷ Selbst auf dem linken Flügel wurde die Ansicht vertreten, die Militärbündnisse gäben der ČSR ausreichend Sicherheit, um nicht der nächste Mosaikstein in der nationalsozialistischen Expansionspolitik zu sein, und es müsse vor allem um die Sicherung des Schicksals Spaniens gehen¹³⁵⁸. Auch die Wirtschaftskommission beim Exekutivausschuß der ČSD vertrat den Standpunkt, dieses Ereignis könne gelassen beurteilt werden, da keine unmittelbaren Folgen für die tschechoslowakische Volkswirtschaft und den Außenhandel zu erwarten seien¹³⁵⁹.

¹³⁵⁵ Vgl. dazu ausführlich J. Dejmek: Pokus o československo-polské sblížení počátkem třicátých let a jeho nezdár (1932-1934), in: MD 4 (1996), S. 195-219.

¹³⁵⁶ Vgl. zum Scheitern der tschechoslowakischen Politik in der österreichischen Frage ausführlich Kvaček (1964), a.a.O.

¹³⁵⁷ Protokoll der Vorstandssitzung v. 30.3.1938. A ČSSD, f. 71, a.j. 19/2, l. 431-35.

¹³⁵⁸ Vgl. J. Ules: Kdo přide po Rakousku?, in: Čin 10 (1938), S. 87-88.

¹³⁵⁹ Vgl. Co dale k oživení (1938), a.a.O., S. 71.